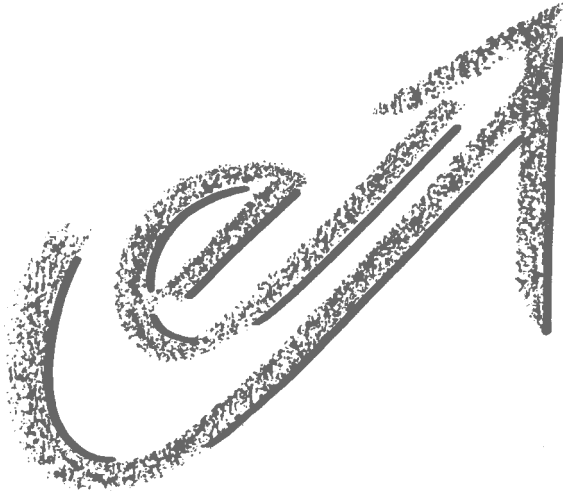


Forum Umwelt & Entwicklung



GLOBALER KLIMASCHUTZ – VERTAGT ODER GESCHEITERT?

AUS DEM INHALT

- ❑ Klimagipfel gescheitert - COP6 wird fortgesetzt – *Manfred Treber*
- ❑ Vom Scherbenhaufen zum Tafelgeschirr? – *Regine Günther*
- ❑ Jetzt muss die EU Führungskraft zeigen – *Christoph Bals*
- ❑ Waldbewohner gegen „Kyotowälder“ – *Gotelind Alber*
- ❑ Declaration of Indigenous Peoples on Climate Change
- ❑ Armutsbekämpfung und Klimaschutz - kein Gegensatz – *Gerald Knauf*
- ❑ Sektorspezifische Reduktionsziele in der EU – *Anja Köhne*



GLOBALER KLIMASCHUTZ

VERTAGT ODER GESCHEITERT?

Impressum:

Herausgeber:
Projektstelle Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Telefon: 0228-35 97 04
Fax: 0228-35 90 96
E-mail: forumue@compuserve.com
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Irene Knoke
Serviceteil: Bettina Oehmen

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im März 2001.

INHALT

- Editorial - *Jürgen Maier* 2

Schwerpunktthema: Klima

- Klimagipfel gescheitert - COP6 wird fortgesetzt – *Manfred Treber* 3
- Vom Scherbenhaufen zum Tafelgeschirr? – *Regine Günther* 6
- Jetzt muss die EU Führungskraft zeigen – *Christoph Bals* 7
- Waldbewohner gegen „Kyotowälder“ – *Gotelind Alber* 8
- Declaration of Indigenous Peoples on Climate Change 10
- Armutsbekämpfung und Klimaschutz - kein Gegensatz – *Gerald Knaut* 12
- Sektorspezifische Reduktionsziele in der EU – *Anja Köhne* 14

Rio +10

- Mühsamer Start zur UN-Finanzkonferenz – *Jens Martens* 16

Aus den Arbeitsgruppen

- Marktzugangsprobleme im Agrarsektor – *Thomas Fritz* 18
- Bananen, Zucker oder Peanuts? – *Martina Schaub* 20
- Aus Forst werde Wald! – *László Maráz* 21

Weitere Berichte

- Neoliberales Wirtschaftsmodell verschärft globale Probleme – *Monika Brinkmüller, Stefan Rostock* 23
- Europa braucht eine nachhaltige Tourismusstrategie – *Manfred Pils* 24
- Politik mit dem Kochtopf – *Bettina Lutterbeck* 25
- Veranstaltungen 28
- Publikationen 30



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Die ergebnislose Vertagung der 6. Vertragsstaatenkonferenz der Klimakonvention hat einmal mehr die Grenzen des konsensorientierten Politiksystems der Vereinten Nationen gezeigt. Wenn es darum geht, guten Willen zu zeigen, sind alle schnell dabei. Geht es aber ans Handeln, erinnert einen das UN-System rasch an »organisierte Verantwortungslosigkeit«. Sicher - die UNO kann auch nicht besser sein als die Summe ihrer Mitgliedsstaaten. Dennoch muss man sich die Frage stellen, ob die Art und Weise, in der die Regierungen beispielsweise im Rahmen der Klimakonvention Politik machen, nicht möglicherweise auch dazu beiträgt, dass tatsächliches Handeln wenigstens einiger Staaten unnötig verzögert wird. Wenn immer der langsamste das Tempo aller bestimmt, stellt sich irgendwann die Frage, wann es sinnvoller ist, auf diese Leute nicht mehr zu warten. In Sachen Klimapolitik ist dieser Zeitpunkt nun wohl erreicht. Die EU ist gefordert, ihre 8% Reduktionsverpflichtung notfalls auch ohne USA und Japan, ohne rechtskräftiges Kyoto-Protokoll zügig umzusetzen.

Während selbst die größten Ignoranten die Zeichen des beginnenden Klimawandels nicht mehr leugnen können, werden die UN-Klimaverhandlungen von immer findigeren Vorschlägen geprägt, wie sich eine Handvoll Staaten um konkrete Klimaschutzmaßnahmen drücken können. In einer idealen Welt würden die übrigen Akteure allein schon deshalb irgendwann aktiv werden, weil solche Aktivitäten auch im eigenen Interesse liegen. In der Realität sieht es aber so aus, dass das Nichtstun des einen nur allzu gern zur Ausrede dafür wird, selber auch nichts zu tun. Die sonst so vielbeschworene nationale Souveränität löst sich da ganz schnell in Nichts auf. »Kanada wird das Kyoto-Protokoll nicht ratifizieren, wenn der US-Senat nicht ratifiziert.« Welch armseliges Land, das von so unselbständigen Politikern geführt wird. Wenigstens in Europa sollten wir diesen Virus erfolgreich bekämpfen können. Unser Schwerpunktthema Klimapolitik in diesem Heft beleuchtet u.a. die (Nicht-) Ergebnisse von Den Haag von verschiedenen Seiten. Im Mai wird die am 25. November nicht beendete, sondern nur unterbrochene Konferenz fortgesetzt.

Ähnlich sah es vor Jahresfrist bei den Verhandlungen zum Biosafety-Protokoll aus. In der entscheidenden Konferenz war, auch hier hauptsächlich wegen den USA, auch nach durchwachter Nacht keine Einigung möglich. Die Fortsetzungs-Konferenz brachte schließlich doch das Protokoll zustande, hauptsächlich deshalb, weil EU und Entwicklungsländer gegen den massiven Druck der USA und Kanada standhaft blieben.

Ein wichtiger Bestandteil der im nächsten Jahr anlaufenden

Zehnjahresbilanz des Rio-Prozesses scheint mir vor diesem Hintergrund zu sein, das Verhältnis multilateraler Verhandlungen zu unilateralen Maßnahmen kritisch zu hinterfragen. Ohne ein gewisses Maß an nationalen Vorreitern dürften in kaum einem Verhandlungsprozess Fortschritte zu erzielen sein. Inzwischen gibt es fast überall kaum noch Vorreiter, aber immer genug Bremsen. Mir drängt sich jedenfalls die Frage auf, ob nicht auch Nichtregierungsorganisationen vor lauter Fixierung auf internationale Verhandlungen möglicherweise versäumt haben könnten, z.B. stärker darauf zu drängen, dass das eigene Land unabhängig von solchen Verhandlungsrunden in Sachen Umwelt- und Entwicklungspolitik neue Maßstäbe setzt. Wenn Helmut Kohl 1992 ganz ohne Kyoto-Protokoll ankündigen konnte, dass Deutschland bis 2005 seine Kohlendioxid-Emissionen um 25% reduzieren wird, kann man heute vergleichbar ambitionierte Ziele von anderen Leuten schließlich auch erwarten.

Begonnen haben nun auch die Verhandlungen für die im nächsten Jahr stattfindende UN-Konferenz zur Zukunft der Entwicklungsfinanzierung. Schärfer werdende Nord-Süd-Kontroversen bestimmen mittlerweile nahezu alle globalen Verhandlungen. Angesichts der real weiter sinkenden Entwicklungshilfeleistungen verweigern sich immer mehr Entwicklungsländer konstruktiver Mitarbeit bei einer globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung. Der Norden muss sich hier dringend etwas mehr einfallen lassen als das gebetsmühlenartige Beschwören der wachsenden Bedeutung privater Auslandsinvestitionen. Siehe hierzu den Bericht von Jens Martens.

Positives gibt es dagegen - buchstäblich in letzter Minute - von den Verhandlungen über eine Konvention zum Verbot gefährlicher Chemikalien (POPs) zu vermelden [s. hierzu auch Rundbrief 1/2000]. Nach einer ebenfalls durchwachten Nacht - ohne ein gewisses Maß physischer Erschöpfung scheint in der UNO nichts mehr voranzugehen - vermeldete die 5. Verhandlungsrunde in Johannesburg nun einen Vertragstext, der im nächsten Jahr paraphiert werden soll. Ein Bericht hierzu folgt allerdings erst im nächsten Heft.

Während diese Ausgabe des Rundbriefs in Produktion geht, beginnt in Bonn die 4. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung - leider zu spät, um in diesem Heft noch Artikel unterbringen zu können.

Jürgen Maier



Klimagipfel gescheitert - COP 6 wird fortgesetzt

6. Vertragsstaatenkonferenz in Den Haag - Ein Rückblick

Trotz zäher Verhandlungen konnte auch in der letzten Nacht kein Verhandlungserfolg bei der 6. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Den Haag (COP 6, 13. - 25. November 2000) herbeigeführt werden. Enttäuschung auf der einen Seite, Schuldzuweisungen auf der anderen Seite... doch wollte man den Gipfel noch nicht für gescheitert erklären: Nun soll in der ersten Hälfte des nächsten Jahres in Bonn weiterverhandelt werden. Wie es zum Scheitern kam, schildert Manfred Treber:



Vor fast genau drei Jahren wurde das Kyoto-Protokoll im Konsens vereinbart, und seitdem dreht es sich offensichtlich bei einigen Staaten bei den mehrmals jährlich stattfindenden Klimaverhandlungen kaum noch um das Klima, sondern fast nur noch um die Möglichkeiten, wie die Ziele des Kyoto-Protokolls erfüllt werden können, ohne dass zu Hause die Emissionen fossiler Energieträger - beispielsweise aus dem Verkehr, der Industrie und von Gebäuden - gegenüber dem Jahr 1990 gesenkt werden müssen, wie es in dem Kyoto-Protokoll festgelegt ist, dessen Konkretisierung jetzt in Den Haag auf dem Programm stand. Die Erfüllung der Reduktionsziele soll aus Sicht der Blockierer entweder durch die nach ihren Interessen gestalteten und durch Schlupflöcher unterminierten sogenannten Kyoto-Mechanismen (Emissionshandel, *Joint Implementation* und *Clean Development Mechanism*) oder durch Senkenaktivitäten (Maßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft, die wissenschaftlich bisher kaum seriös bewertet werden können) erreicht werden.

Keine Überraschung, dass es vor allem die USA waren, die darauf bestanden, diese Punkte im Protokoll zu verankern. Und gemeinsam mit der um sie stehenden sogenannten „Umbrella Gruppe“ (dazu gehören auch: Japan, Kanada, Australien, Neuseeland, Norwegen, Island, Russland und die Ukraine) alles taten, dass die Behandlung von koordinierten Politiken und Maßnahmen im Klimaschutz nicht auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Vor allem diejenigen westlichen Industrieländer, deren Emissionen nach oben schießen und damit den in Kyoto vereinbarten Zielen Hohn sprechen, weigern sich, über Maßnahmen zu verhandeln, wie die Emissionen gesenkt werden können. Ein Skandal erster Prägung, ein Verhöhnern des Geistes des Protokolls.

Also drei weitgehend verlorene Jahre für internationale Klimaschutzanstrengungen auf politischer Ebene? Die Signale von Kyoto sind wenigstens bei der Wirtschaft angekommen, wo sich immer mehr Unternehmen (wie Shell oder BP) und Gruppierungen von Unternehmen (wie der *European Business Council for a Sustainable Energy Future* oder die (viel weniger progressivere) *Partnership for Climate Action*) um die Senkung ihrer Treibhausgasemissionen kümmern. Doch der internationale Klimaschutz muss auf der politischen Ebene angegangen werden, um verlässliche Rahmenbedingungen zu erhalten. Am Sinn des schrittweise den Klimaschutz verschärfenden Verhandlungsprozesses gibt es insofern keinen Zweifel. Jahr für Jahr werden wir uns weiter bemühen müssen.

Die sechste COP (*Conference of the Parties*), dieses Mal in Den Haag - nach einer Runde durch die 5 Weltregionen ist im zweiten Umlauf Europa wieder an der Reihe -, sollte endlich Klarheit schaffen, damit das Kyoto Protokoll für die betroffenen Industrieländer ratifizierbar wird. Der Konferenzpräsident kommt wie immer aus dem Gastgeberland - es ist der erfahrene niederländische Umweltmini-

ster Jan Pronk, der in den 70er Jahren schon Entwicklungsminister war. Er will sein Lebenswerk mit dem erfolgreichen Abschluss der entscheidenden COP 6 krönen. Er reist seit einem Jahr unermüdlich von Staat zu Staat, um zu sondieren, wo sich die Positionen finden können. Für ihn ist die COP 6 die am besten vorbereitete Umweltkonferenz, die er erlebt hat (vielleicht hat auch er sich zu gut vorbereitet und sich zu sehr auf seine vorbereiteten Texte verlassen - das von ihm in der zweiten Woche vorgelegte Papier bezog die bis dann in Den Haag erreichten Fortschritte zu wenig ein). 7000 offizielle Teilnehmer sind anwesend, über 100 Minister kommen und verbringen teilweise eine ganze Woche in Den Haag - wer Terminkalender von Ministern kennt, weiß, wie wichtig COP 6 sein muss. Drei Staatsschefs halten Reden mit eindringlichen Appellen, das - abgesehen von den USA - von fast allen unterstützte Ziel eines Inkrafttretens des Kyoto-Protokolls im Jahr 2002 durch einen erfolgreichen Abschluss von COP 6 in Den Haag zu ermöglichen.

Allen Erkenntnissen zum Trotz

Bob Watson, der Vorsitzende des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC), das ist die wissenschaftlich weltweit höchste Autorität in Klimafragen, versprüht sein Genie in einem zwanzigminütigen Durchgang durch den jüngsten wissenschaftlichen Fortschritt: Die Erkenntnisse um den Klimawandel verdichten sich, die weltweite durchschnittliche



Erwärmung bis Ende dieses Jahrhunderts wird jetzt nicht mit 1- 3,5 Grad wie noch vor Jahren angenommen quantifiziert, sondern mit 1,5 - 6 Grad. Da es über der Landmasse wärmer wird als über den Ozeanen, muss man damit rechnen, dass gewisse Regionen eine Temperaturerhöhung von 10 Grad in einem Jahrhundert erfahren werden (zum Vergleich: der Unterschied zwischen der Eiszeit und der jetzigen Warmzeit waren kaum 5 Grad, verteilt über einen viel längeren Zeitraum). Das sollte Warnung genug sein.

Kann noch mehr getan werden, um eine Entscheidung zu einer Thematik zu erreichen, die von vielen (wie etwa Klaus Töpfer, dem Generaldirektor des Umweltprogramms der UN) als eine der größten Herausforderungen der Menschheit gesehen wird, als die größte umweltpolitische Herausforderung, vor der wir stehen?

Doch der Klimagipfel scheitert. Der Klimagipfel in Den Haag scheitert vor allem an der Unbeugsamkeit der USA (die gleichermaßen starre Haltung Australiens und Kanadas hätte übergangen werden

können), an ihrer Weigerung, in den nächsten 12 Jahren zu Hause ausreichende Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen. Zu Hause, dort, wo pro Kopf doppelt soviel CO₂ ausgestoßen wird als im gar nicht so effizienten Europa; dort, wo demnach jede Menge Energie eingespart werden kann, ein großer Teil davon sogar profitabel für die, die es durchführen. Aber sie wollen nicht. Die Regierung eines Staates, dessen Bevölkerung kaum fünf Prozent der Menschheit ausmacht, verhindert möglicherweise, dass die restlichen 95 Prozent sich gegen die auf alle Menschen zukommende Gefahr wappnen. Dabei bekommen die meisten dieser fünf Prozent gar nicht mit, was in ihrem Namen gerade verkündet und getan wird. Keine einzige Fernsehgesellschaft aus den USA, dem Mutterland des Fernsehens und die Mediengesellschaft schlechthin, ist in Den Haag vor Ort.

Die so sehr auf sich bezogenen Hinterwäldler interessieren sich offensichtlich nicht für den globalen Lauf der Geschichte. Größte Sorgen macht sich die Klima-

schutzgemeinde nach dem Scheitern von Den Haag um den Weitergang des Klimaprozesses. Hier ist zentral, welcher US-Präsident regiert, wenn die Fortsetzung von COP 6 stattfindet. Al Gore war als Vize-Präsident in Kyoto und wäre trotz heftigen heimischen Widerstands aller Wahrscheinlichkeit nach keiner Einigung im Wege gestanden. Anders verhält es sich nun wohl bei dem Texaner George W. Bush, der sich bereits im Vorfeld gegen das Kyoto-Protokoll aussprach. Im Amt hat er alle Macht, das Kyoto-Protokoll zu zerstören und den internationalen Klimaverhandlungsprozess nach 10 Jahren beständigen, wenn auch langsamen Fortschritts wieder an den Anfang zu werfen. Deshalb sind für die nächsten Monate alle kreativen, verantwortungsbewussten und intelligenten Geister dieser Welt aufgefordert, ihr Möglichstes zu tun, damit die Supermacht nicht die Anstrengungen von 95 Prozent der Weltbevölkerung blockiert, auf das größte Umweltproblem dieses Jahrhunderts in angemessener Weise zu reagieren.

Der letzte Tag

Kurz vor 12 Uhr Mittag am Samstag, dem 25. November, ist es schon fünf nach Zwölf. Verschiedene EU-Minister gehen einzeln aus der EU-Barracke, umgeben von einem Kamerarschwarm, der wie eine Dampfwalze alles überrollt, was in der Richtung liegt, wohin der Minister geht.

Es ist vorbei. Nicht nur das Treffen der EU-Minister, sondern die Chance, dass ein substantielles Ergebnis von der COP verabschiedet wird. Eine Pressekonferenz um 14 Uhr soll Näheres erläutern.

Dabei hatte es morgens um Acht noch recht gut ausgesehen. Die BBC meldete, dass ein Kompromiss gefunden wurde, die Minister hätten ihre Nachtsitzung gegen sieben Uhr, d.h. nur eine Stunde nach dem vorgesehenen Zeitpunkt, beendet.

Erste Verunsicherung kam auf, als der schwedische Minister gegen 10 Uhr gemeldet haben soll, dass es gescheitert sei. Dann der Paukenschlag um Mittag. Die großen beim *Climate Action Network CAN* arbeitenden Nichtregierungsorganisationen (Greenpeace, WWF, *Friends of the Earth* und die Dachorganisation des NABU) halten kurz nach 12 schon, auf Tischen stehend, eine improvisierte Pressekonferenz [s. Photo auf S 7]. Aussage: Wegen des starren Verhaltens der USA, Australiens, Kanadas und Japans kam es nicht zu einer Einigung. Kurz danach platzieren sich zwei US-NRO (*Environmental Defense, National Environmental Trust*) fünf Meter daneben auf einen Tisch und verbreiten, die Europäer seien am Scheitern schuld. Währenddessen ruft CAN auf, nach draußen zu gehen, dort werde eine Protestaktion gestartet.

Der Medienschwarm eilt ins Freie. Was dort zu sehen ist, ist ergreifend. Die Reste der Deichmauer aus Sandsäcken um den künstlichen See vor dem Kongresszentrum, die mehr als 5.000 europäische Jugendliche vor eine Woche errichtet hatten [s. Photo auf S. 6], wird unter lautem, an- und abschwellenden Geheul von Sirenen von in Schutzkleidung verhüllten Menschen eingerissen. Der Deich ist gebrochen.

Zurück im Konferenzzentrum, ist festzustellen, dass sich trotz des starken Rückschlags durch das Scheitern des Haager Klimagipfels die Niedergeschlagenheit der Hauptakteure relativ schnell fängt. Im informellen Ministersegment, das Pronk kurz nach zwei eröffnet, zeichnet der niederländische Umweltminister kurz den Verhandlungsgang der letzten Tage nach und wird dabei sogar lyrisch - er zitiert Gedichte. Um exakt 14.15 Uhr verkündet er dann vor den Delegierten, er müsse in der Tat sagen, dass keine Übereinstimmung erreicht werden konnte. Jetzt ist auch die letzte geringe Hoffnung dahin, dass noch irgendwie ein Kompromiss gefunden wurde.

Als erster Delegierter ergreift der als Vorsitzender des Nebenorgans (SBI) bestätigte John Ashe das Wort und meint, die hohen Erwartungen an COP6 dürften nicht sterben. Das neu gewählte *Bureau* schlägt deshalb vor, die Vertragsstaatenkonferenz nicht in Den Haag zu beenden, sondern sie lediglich zu unterbrechen und später nach sorgfältiger Vorbereitung fortzuführen. Die folgenden Wortmeldungen unterstützen unisono diesen Vorschlag.



Entwicklungsländer heute schon Opfer der Klimaänderung

Die Ministerreden machten den Anwesenden klar, wie stark sich die Verwundbarkeit von Entwicklungsländern in verschiedenen Teilen der Welt bereits gegenwärtig manifestiert. Dies soll anhand einer Auswahl von Beispielen aus Ozeanien, Asien und Lateinamerika greifbar gemacht werden.

Teleke Peleti Lauti, der Minister des Inselstaats Tuvalu, des jüngsten Mitglieds der Vereinten Nationen, stellte geballt dar, in welcher Situation sich sein Land befindet. Die Ängste Tuvalus vor der Klimaänderung seien real. Die Insel liegt kaum über dem Meeresspiegel und ist so klein, dass ein Steinwurf die Insel überspannen könne. Sollte ein Zyklon die Insel treffen, gäbe es keinen Platz, wohin die Einwohner flüchten könnten. Die bisher durch extreme Wetterereignisse ausgelösten Schäden seien so gewaltig, dass sie sich der Beschreibung entzögen. Aus diesem Grund suche die Regierung bereits heute schon - so schwer es ihr fällt, da die Bürger sehr an ihrer Heimat hängen - Landflächen außerhalb ihres eigenen Territoriums (!), wohin die Bevölkerung flüchten könne, wenn ein Bleiben nicht mehr möglich ist. Trotz dieser Perspektive bemühe sich die Regierung, die örtliche Energieversorgung auf erneuerbare Energien umzustellen.

Angesichts solch einer eindringlichen Schilderung ist nur zu gut verständlich, wenn Tuvalu die Industrieländer vehement auffordert, den Verpflichtungen nachzukommen, die sie in Kyoto versprochen haben, anstatt Schlupflöcher zu generieren, um sich vor einer Treibhausminderung zu drücken.

Nado Rinchhen, Minister des Himalayastaates Bhutan, zeigte auch deutlich auf, wie sehr sein Land als Gebirgsregion gegenüber der Klimaänderung verwundbar sei. Leider nicht nur potentiell, sondern mit realen Erfahrungen musste diese Aussage unterlegt werden. Dieses Jahr erfuhr Bhutan Überschwemmungen, wie sie noch nie zuvor erlebt wurden. Um das Ausmaß der durch solche Ereignisse ausgelösten Schäden zu begrenzen, benötigt das Land ein Katastrophen-Frühwarnsystem. Als armes Entwicklungsland ständen dafür jedoch keine Ressourcen zur Verfügung.

Bittere Ironie ist dabei, dass Bhutan, wie der Minister feststellte, ein „kohlenstoffreies“ Land sei, da es in den letzten Jahren viel mehr Wald angelegt und damit Kohlenstoff gebunden habe, als es an fossilen Kohlendioxidemissionen ausstößt. Bhutan leidet also unter der menschengemachten Klimaänderung, ohne dazu beizutragen.

Auch Sergio Lavarreda, der Umweltstaatssekretär von Guatemala, betonte, wie sehr sein Land gegenüber der Klimaänderung verwundbar sei. Darunter seien jedoch nicht nur die bekannten direkten Folgen (wie z.B. Überschwemmungen) zu verstehen, sondern auch die indirekten Wirkungen eines Klimawandels: Die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, auf die Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung und die Ernteerträge. Kurzum: Die Klimaänderung verlangsamt Nachhaltige Entwicklung.

Die Einzelheiten

Der Klimagipfel in Den Haag war sehr arbeitsorientiert, was durch das graue und regnerische Novemberwetter unterstützt wurde. In der ersten Woche wurden auf Beamtenebene die Forderungen abgesteckt - an ein Verhandeln der Positionen ist nicht zu denken. Zum Einen haben die Unterhändler kein Mandat, sich zu bewegen, und zum Zweiten muss man ja die Trümpfe für die zweite Woche aufheben. Wer sich jetzt bewegen würde, hätte schon verloren, ohne irgendeine Gegenleistung zu erhalten. Überhaupt: Die Klimaverhandlungen behandeln in solchen Phasen nicht das Klimathema, sondern es geht nur darum, mit spieltheoretischen Zügen den Gegner auszustecken. Die USA sind hier meisterhaft. Immer wieder wird versucht, die Europäische Union auseinander zu dividieren, indem die wahrgenommenen Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten ausgenutzt werden, um einen Keil zwischen sie zu treiben. Die EU ist dabei weitgehend wehrlos, da sie jeden Tag allein Stunden dafür aufwenden muss, um mühsam ihre gemeinsame Position festzustellen. So fehlt weitgehend die Zeit, eigene strategische Überlegungen anzustellen

und diese in die Tat umzusetzen. In Den Haag kam noch die von vielen kritisierte, oft planlose Verhandlungsführung der französischen Präsidentschaft hinzu. Immerhin, und das kann (ironischerweise) als Grund für das Scheitern der Konferenz gesehen werden, blieb die EU dieses Mal so, wie es die Nichtregierungsorganisationen von ihr verlangten: unbeugsam im Verteidigen der ökologischen Integrität des Kyoto-Protokolls. Sie knickte nicht ein, auch nicht beim letzten Versuch am Samstag Morgen, den USA, Japan und anderen faktisch eine Halbierung ihrer Kyoto-Ziele zuzugestehen.

Zurück zu erwähnenswerten Ergebnissen der ersten Woche. Überraschend war der Vertreter der UN-Sonderorganisation für Zivilluffahrt (ICAO) nach Den Haag gekommen, um einen Bericht über den Stand der Umsetzung der durch das Kyoto-Protokoll an die ICAO weitergeleiteten Aufgaben zu geben. Die Diskussion dort geht in Richtung Teilnahme des Luftverkehrssektors am Emissionshandel. Allein die Vorstellung eines solchen Berichts rief Saudi Arabien auf den Plan, in sechs Wortmeldungen vehement 20 Minuten lang - also viel länger, als die Berichtsvorstellung dauerte - dagegen zu protestieren, dass die Klimakonvention über ei-

nen noch nicht von der ICAO verabschiedeten Bericht informiert würde. Der Flugverkehr mit seiner langfristig steigenden Nachfrage nach Kerosin ist für die Ölförderer die sicherste Bank, so dass sie hier im Prozess mit am destruktivsten überhaupt auftreten, um ihre Pfründe zu sichern.

Im Ministersegment, das so gut besucht war wie noch bei keiner COP, stellten die einzelnen Länder wie üblich ihren Standpunkt zum Klimageschehen dar. Viele berichteten bereits, wie ihre Verwundbarkeit durch reale Wetterextreme zu starken Schäden führten.

Weiterhin ist zu berichten, dass die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und dem Klimasekretariat zum Thema Austragungsort der Verhandlungen Erfolge zeigen. Spätestens Ende 2002 soll im Bereich des ehemaligen Plenarbauten die hierfür notwendige Ausstattung bereitstehen. Der Austragungsort der siebten Vertragsstaatenkonferenz (COP 7), die Ende Oktober 2001 stattfindet, wird Marrakesch sein. Damit findet erstmals ein Klimagipfel in Afrika statt.

Manfred Treber

Der Autor ist Mitarbeiter von GERMANWATCH und Mitglied der AG Klima.



Vom Scherbenhaufen zum Tafelgeschirr?

Nach Den Haag und Ottawa

Acht Jahre nach Rio und der Klimarahmenkonvention und drei Jahre nach dem Kyoto-Protokoll sollte in Den Haag nun endlich mit dem Klimaschutz Ernst gemacht werden. Aus dem Kyoto-Protokoll sollte ein ratifizierungsfähiges Dokument werden. Ein solcher Vertrag hätte den Weg für die Einführung eines weltweiten Systems zur Reduzierung der Treibhausgase geebnet. Der Aufwand und das Aufgebot in Den Haag waren Superlative: 7.000 Teilnehmer und mehr als 100 Umweltminister waren anwesend. Doch am Ende standen alle da mit langen Gesichtern und fuhren unverrichteter Dinge wieder nach Hause.

Zu diesem Desaster trugen drei Sachverhalte entscheidend bei:

1. Man startete trotz langem Verhandlungsvorlauf mit sehr konträren Auffassungen in den entscheidenden Punkten. Besonders hart umkämpft war die Frage der Einbeziehung der Senken. Die Verhandlungen hatten offensichtlich einen hohen Grad an Komplexität erreicht. Für jedes Zugeständnis auf der einen, wurde ein Entgegenkommen an anderer Stelle erwartet. Nur ein „Gesamtvertrag“ erlaubt eine Bewertung über die Integrität des Abkommens.
2. Es war schon früh offensichtlich, dass über den normalen Verhandlungsablauf nicht der große Wurf gelingen kann. Dies war auch dem Vorsitzenden, dem holländischen Umweltminister Pronk klar. Vor diesem Hintergrund kam sein Kompromissvorschlag, das sogenannte „Pronk-Papier“, viel zu spät. Die Taktik, dass der Druck der letzten Nacht die Arbeit schon besorgen wird, ging nicht auf. Es fehlte an Zeit.
3. Das Pronk-Papier war überdies zu unausgewogen und stark auf die Interessen der USA und ihrer Verbündeten ausgerichtet. Pronks Ankündigung, dass sein Synthese-Papier ein „share of pain“ sei, traf nicht zu. Die Europäer fühlten sich zu Recht brüskiert.

Trotzdem: Darf man den Verhandlern glauben, war eine Einigung in greifbarer Nähe. Es lag ein Paket auf dem Tisch. Die tückische Senkenfrage hatte man mit der Frage, wieviel Emissionen im eigenen Land reduziert werden müssen und dem Sanktionsmechanismus zusammengeschnürt. Dass die EU das Pronk-Papier

und die letzten Angebote der USA ablehnte, war richtig. Statt zu Emissionsreduktionen wäre es zu Emissionssteigerungen gekommen. Es war allerdings ein Fehler, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären bevor die USA ihre Schmerzgrenze überhaupt offenbarten.

Wohl mit dem Gefühl eine historische Chance verpasst zu haben, wollten die Vereinigten Staaten und die EU möglichst schnell die Scherben wieder auflesen und doch noch zu ansehnlichem UN-Tafelgeschirr zusammenkitten. Eile war insofern geboten, da sich die voraussichtliche Regierung Bush erstens kaum kompromissbereiter zeigen wird als die alte Clinton-Administration und das Politische Momentum in Den Haag nicht ungenutzt streichen sollte. In Ottawa wurde nur 12 Tage nach Den Haag auf Arbeitsebene weiter verhandelt, um bei positivem Ausgang ein politisches Agreement in Oslo auf Ministerebene zu verabschieden. Der WWF begrüßte solch einen Schritt, auch wenn er mit deutlichen Schönheitsfehlern behaftet war. Am Tisch saßen nur Annex I-Staaten. Alle osteuropäischen Staaten und die G77 waren nicht beteiligt.

Welchen Stellenwert hätte eine solche Vereinbarung? Rechtlich verbindlich erst mal gar keine.

Man erhofft sich jedoch, bei der nächsten Verhandlungsrunde in Bonn nicht wieder bei Null beginnen zu müssen. Die in Den Haag ausgeloteten Schnittmengen sollen festgehalten werden, um daran anzuknüpfen. Ob Georg W. Bush solch eine politische Vereinbarung zur Grundlage für weitere Verhandlungen macht, oder aber eine Brüskierung der Europäer billigend in Kauf nimmt und den vielleicht ge-



Mehr als 5.000 Jugendliche bauten aus Tausenden von Sandsäcken eine Deichmauer um das Kongresszentrum.

fundenen Kompromiss postwendend zum Altpapier erklärt, bleibt abzuwarten.

Doch welche Bedeutung hatte der Ausgang von Den Haag für die weiteren Anstrengungen die Treibhausgase zu senken? Für die Europäer ist ein internationales Abkommen nicht ganz so bedeutend. Sie werden den eingeschlagenen Weg: Abkehr von fossilen Energieträgern, hin zu erneuerbaren Energien und eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz verstärkt fortsetzen. Erst diese Woche wurde vom EU-Energie-Ministerrat eine Direktive beschlossen, die eine Verdopplung der erneuerbaren Energien bis 2010 vorsieht.

Für so widerspenstige Staaten wie die USA, Kanada, Australien und Japan aber wäre solch ein Protokoll ein Meilenstein, um sie im internationalen Kontext zu verantwortlichem Handeln zu verpflichten. Der vorerst ernsthafte letzte Versuch dazu wird wohl in Bonn liegen. Vor allem wenn dies nicht gelingt, werden die Nicht-Regierungsorganisationen sich überlegen müssen, ob sie weiter so große Ressourcen in solch einen UN-Prozess stecken möchten. Wäre es dann nicht sinnvoller „Business und Industrie“ sowie zukünftig die nationale Ebene ins Visier zu nehmen und unter Druck zu setzen, um auch die Bremser anzutreiben? Diskussionen hierzu werden unausweichlich. Ein weiter wie bisher wird es nicht geben.

Regine Günther

Die Autorin ist Mitarbeiterin des WWF und Mitglied in der AG Klima.



Jetzt muss die EU Führungskraft zeigen

Nach dem Scheitern des Klimagipfels von Den Haag

Die Kluft zwischen Wissen und Handeln hätte kaum größer sein können: Die politischen Entscheidungsträger schafften es auch in der letzten Nacht in Den Haag nicht, aus den zuvor bekannt gegebenen alarmierenden Erkenntnissen des UN-Wissenschaftlergremiums IPCC die allernotwendigsten Konsequenzen zu ziehen. Vor allem die USA zeigten nicht genügend politischen Willen, um ein Jahrhundert ernsthaften Klimaschutzes einzuleiten. Die EU hat indes Standhaftigkeit bewiesen, sie wollte offensichtlich nicht die Integrität des Klimaschutzes und die Seriosität des internationalen Emissionshandels durch ein Übermaß an Schlupflöchern gefährden. Nun wird sie in den kommenden Monaten zeigen müssen, wie Ernst es ihr damit ist.

Die USA beharrten trotz des Anschauungsunterrichts durch große Waldbrände in diesem Jahr bezüglich der fehlenden Dauerhaftigkeit solcher Lösungen vor allem darauf, mit wachsenden Wäldern Treibhausgase einzufangen. Wie der Teufel das Weihwasser scheuten sie alle Aktionen, die am „American way of live“ rütteln und den Energieverbrauch drosseln könnten. Australien, Kanada und auch Japan versteckten ihren Willen zum Nichtstun hinter dem breiten Rücken der USA.

Die EU hat dem gegenüber in der letzten Nacht den von den USA und Großbritannien vorbereiteten Kompromissvorschlag zurückgewiesen. Damit hat sie sich eine große Verantwortung aufgeladen. Sie muss ihr Verhalten in Den Haag und den nächsten Monaten daran messen lassen, ob das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls bis 2002 noch möglich bleibt. Alles andere wäre ein deutlicher Rückschritt für den internationalen Klimaschutz. Auch der Gipfel von Den Haag hat gezeigt, dass bereits vor einem Inkrafttreten die jährlich stattfindenden Klimagipfel das Schwungrad für den jeweils nationalen Klimaschutz sind.

Wenn überhaupt etwas in Richtung Klimaschutz passiert, dann wegen des öf-

fentlichen Drucks im Umfeld der Klimagipfel. Dies zeigt das Fallbeispiel Deutschland. Beim Erdgipfel in Rio wurde das selbst gesteckte Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2005 um 25 Prozent zu reduzieren, weltweit bekannt gemacht. 1995, beim Klimagipfel in Berlin, verschärfte Ex-Kanzler Kohl das Ziel durch Wahl eines neuen Basisjahres. Die deutsche Wirtschaft legte eine erste Selbstverpflichtungserklärung vor. 1997, für den Klimagipfel von Kyoto, wurde diese im Dialog mit der Regierung verschärft. Zwei Jahre später, 1999 in Bonn, kündigte Kanzler Schröder ein Maßnahmenpaket an, um das deutsche Klimaziel doch noch erreichen zu können. Und gerade rechtzeitig für Den Haag wurde dann das entsprechende Maßnahmenpaket verabschiedet und auch eine weitere Verschärfung der Selbstverpflichtungserklärung der deutschen Wirtschaft erreicht. In Den Haag drängte dann sogar die deutsche Wirtschaft entschieden auf ein internationales, rechtlich verbindliches Klimaschutzabkommen - weil sie sonst Wettbewerbsnachteile erwartet. Den internationalen Klimaschutz kann nur die aufeinander bezogene Dynamik des Vorangehens von Vorreiterstaaten einerseits und des durch internationale Abkommen erzwungenen Nachrückens der Bremserstaaten andererseits voranbringen. Wer wegen dessen Schwerfälligkeit auf den UN-Prozess verzichten will, wirft eine der wenigen Möglichkeiten weg, die Bremserstaaten des internationalen Klimaschutzes zum Handeln zu zwingen.

Letztlich muss ein für das Klima besseres Ergebnis herauskommen, als es in der letzten Den Haag-Nacht möglich gewesen wäre. Zurecht versucht die EU deshalb derzeit mit den USA, solange die Regierung Clinton noch amtiert, zumindest die wichtigsten Fragen möglichst verbindlich vorab zu klären. Denn es ist völlig ungeklärt, ob mit einem aus dem Exxon-Land Texas kommenden Präsidenten Bush auch nur das Ergebnis der letzten Nacht von Den Haag erreichbar sein wird. Für die USA würde eine Ratifizierung, selbst mit den in der letzten Nacht noch zugelassenen Schlupflöchern immerhin bedeuten, dass die Zeiten wachsenden Kohle-, Erdöl- und -gashungers vorbei wären.

Die EU ist damit zu dem zentralen Gestalter internationaler Klimapolitik in den nächsten sechs Monaten geworden. Und wer für Integrität im internationalen Klimaschutz eintritt, wird auch die EU-interne Klimapolitik von nun an an diesem Maßstab messen lassen müssen. Erst nach einer kritischen Phase von zumindest einigen Monaten - im Mai/Juni wird offiziell weiterverhandelt - wird sich zeigen, ob und wie die verschiedenen in Kyoto vereinbarten Formen des Emissionshandels Gestalt annehmen werden.

Christoph Bals

Der Autor ist Mitarbeiter bei Germanwatch (RioKonkret) und Mitglied der AG Klima. Der Artikel ist in ähnlicher Form in der Brücken-Ausgabe (6/2000) von Germanwatch erschienen.

Improvisierte Pressekonferenz von CAN am 25. November [s. Kasten auf S. 4]





Waldbewohner gegen „Kyotowälder“

Indigenes Forum auf der Klimakonferenz in Den Haag

In diesem Jahr ist eine neue Gruppierung im internationalen Klimaprozess in Erscheinung getreten: Indigene Völker. Auf der Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention COP6 in Den Haag waren über 30 VertreterInnen indigener Organisationen aus aller Welt vertreten, nachdem sie am Wochenende zuvor im „Zweiten Forum der indigenen Völker zur Klimapolitik“ ihre Positionen erarbeitet hatten.

Nachdem auf der Grundlage des Kyoto-Protokolls ein Einbezug von Waldprojekten im Süden in die Klimaschutzverpflichtungen der Industrieländer in die Diskussion gebracht worden war, wurde uns im Klima-Bündnis klar, dass wir dies in unserer Zusammenarbeit mit den indigenen Völkern der tropischen Regenwälder thematisieren mussten. Indigene Organisationen - unser direkter Kooperationspartner COICA (Koordination der indigenen Völker des Amazonasbeckens), sowie die „Internationale Allianz der indigenen und in Stämmen lebenden Völker der tropischen Regenwälder“, ein weltweiter Zusammenschluss indigener Organisationen aus allen tropischen Regionen - waren bereits in den Biodiversitätsprozess involviert, in den Klimaprozess jedoch nicht.

In mehreren Schritten, angefangen von der Präsenz einzelner indigener Vertreter auf den Klimakonferenzen über Workshops in Genf 1999 und Quito 2000 begannen die indigenen Organisationen, sich mit der Klimarahmenkonvention und dem Kyoto-Protokoll auseinander zu setzen und sich zu Wort zu melden. Unterstützt wurde dieser Prozess sowohl vom Klima-Bündnis, als auch von der *Amazon Alliance*, einem weiteren Bündnis mit den Indigenen der Amazonasregion. Im Unterschied zum Klima-Bündnis sind ihre Bündnispartner in der *Amazon Alliance* nicht Städte, sondern amerikanische Umweltorganisationen. Die *Amazon Alliance* war bei der Organisation des Ersten indigenen Forums zur internationalen Klimapolitik anlässlich der Zwischenverhandlungen im September in Lyon (SB13) federführend, während das Klima-Bündnis die Verantwortung für das Zweite Forum bei der COP6 in Den Haag übernommen

hat. Beide Male wurden indigene Erklärungen erarbeitet und in den Prozess eingebracht.

Es geht um existentielle Fragen

Zunächst sollten einige Punkte genannt werden, die für das Verständnis indigener Positionen wichtig sind:

Oberstes Ziel der meisten indigenen Organisation ist die Anerkennung ihrer Rechte, d.h. als indigene Völker mit eigenen Kulturen, Sprachen und Territorien wahrgenommen und anerkannt zu werden. Neben einigen anderen Rechtsinstrumenten beziehen sich die Indigenen dabei vor allem auf die ILO-Konvention 169, die indigene Rechte am weitestgehenden verankert, und - in der Umwelt- und Nachhaltigkeitsdiskussion - auf die Agenda 21, in der sie als „major group“ genannt sind. In den internationalen Prozessen stellen die Indigenen insofern ebenfalls ihre Anerkennung in den Vordergrund und wollen eine formelle Verankerung in den Prozessen erreichen. Umweltorganisationen tun sich damit manchmal schwer und warten ungeduldig auf die „inhaltliche“ Position bezogen auf den Prozess. Sie sollten offen dafür sein, dass es für die Indigenen um Existenzfragen (als lokale Gemeinschaften und als indigene Völker) geht. Dazu gehört natürlich auch der Erhalt ihrer natürlichen, genauso aber auch ihrer kulturellen und sozialen Lebensgrundlagen. Insofern benennen indigene Erklärungen meist vorab alle relevanten Rechtsinstrumente und fordern eine Beteiligung als indigene Völker. Bis zu einem gewissen Grad ist dies in der Biodiversitätskonvention gelungen, die mit Artikel 8 (j) wichtige Regelungen zum traditionellen Wissen enthält.

Was ihre Positionen zu Umweltfragen anbetrifft, sind indigene Organisationen im Vergleich zu Umweltorganisationen oft pragmatischer und eher bereit, Kompromisse einzugehen. Auch dies hängt damit zusammen, dass es für sie um existenzielle Fragen geht - die Verknüpfung sozialer und wirtschaftlicher mit Umweltfragen im Sinne der Nachhaltigkeit ist für sie also selbstverständlich. Zumal indigene RepräsentantInnen nicht einen entsprechend engagierten Teil der Bevölkerung vertreten oder sich speziell als Anwälte der Umwelt sehen, wie dies Umweltorganisationen

tun, sondern sie vertreten ganze Bevölkerungsgruppen. Andererseits sind auch Fälle bekannt, in denen indigene Gruppen ihre Interessen bis zur letzten Konsequenz vertreten.

Ein weiterer Punkt ist die Vielfalt und die enormen Unterschiede zwischen verschiedenen indigenen Völkern. Dies betrifft einerseits die physische Situation, also ihre natürlichen Lebens- und kulturellen Grundlagen, andererseits aber auch die sehr unterschiedliche Rechtssituation in den verschiedenen Staaten. In vielen Regionen ist die Abgrenzung zwischen dem indigenen und dem anderen Teil der Bevölkerung nicht so eindeutig wie in Amerika. In vielen Regionen Afrikas und Asiens sind es traditionell lebende Gemeinschaften, die sich als „indigene und in Stämmen lebende Völker“ verstehen. Meist werden sie von den dortigen Regierungen in ihren Eigenarten nicht anerkannt. Charakteristisch für viele Staaten ist zum Beispiel die Unterdrückung ihrer Sprachen, etwa in Nepal, wo sich die Mehrzahl der Bevölkerung als Indigene versteht. Auch die Regierung Indonesiens leugnet die Existenz eigener Sprachen und bezeichnet sie als Dialekte. Die Maori in Neuseeland dagegen konnten bereits umfangreiche Rechte und Konsultationspflichten der Behörden verankern, außerdem gehört Neuseeland zur Gruppe der Industrieländer, so dass sich für die Maori, wie z.B. auch für die nordamerikanischen Indianer oder die Inuit, die Frage der Kyoto-Mechanismen auf ganz andere Weise stellt.

Dass es angesichts dieser Situation schwierig ist, eine einheitliche indigene Position zu finden, ist offensichtlich. Verbindendes Element ist jedoch in der Regel - neben der Frage der Anerkennung indigener Rechte - der Schutz und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und ihrer Biodiversität, von der die Indigenen in viel existenziellerer Weise abhängig sind als wir. Wenn wir davon sprechen, dass die Länder im Süden vergleichsweise stärker von der Klimaänderung betroffen sind als die Hauptverursacher im Norden, so gilt das umso mehr für die indigenen Bevölkerungsgruppen. Im Klimaprozess hat sich die Mehrzahl der indigenen Delegierten schließlich auf eine Position geeinigt, die weitgehend der Mehrheitsposition der Umweltorganisationen entspricht.



Eine Kernfrage für die Indigenen ist der mögliche Einbezug von biologischen Kohlenstoffsinken, insbesondere beim *Clean Development Mechanism*. Gegenüber den NGO-Argumenten, die dies als Schlupfloch ablehnen, das die Klimaschutzziele massiv aushöhlen kann, steht für die Indigenen die Hoffnung auf Anerkennung der Wälder in ihrer klimaschützenden Funktion, auf zusätzliche Anreize zum Walderhalt und eventuell auch mögliche wirtschaftliche Vorteile für lokale Gemeinschaften, wenn diese an Waldprojekten beteiligt werden. Dem entgegen sehen sie aber auch die Gefahr, dass sich die Industrieländer aus ihren Verpflichtungen freikaufen, der einseitigen Optimierung solcher Waldprojekte auf Kohlenstoffbindung ohne Berücksichtigung der Biodiversität und der Interessen der lokalen Bevölkerung, und die zusätzliche Gefährdung ihrer Ansprüche auf ihre traditionellen Territorien. Nach reiflicher Abwägung dieser Pro- und Kontra-Argumente hatten sich die indigenen VertreterInnen bereits im September in Lyon auf eine Ablehnung von Senkenprojekten geeinigt.

Treffen der Indigenen in Den Haag

Am Zweiten Indigenen Forum in Den Haag nahmen über 30 VertreterInnen teil, die Mehrzahl aus tropischen Waldgebieten, aber auch einige Indigene aus nördlichen Gefilden wie Kanada, USA und Sibirien. Die meisten waren über Klima-Bündnis und *Amazon Alliance* hergekommen, während eine kleine Gruppe durch amerikanische NGOs wie *Environmental Defense* und *The Nature Conservancy* nach Den Haag gebracht wurden, die sich massiv für den Einbezug von Senken in den *Clean Development Mechanism* (CDM) einsetzen. Dies legte die Vermutung nahe, dass diese Vertreter instrumentalisiert werden sollten. Wer sich auf den letzten COPs umgesehen hat, konnte die wenigen Vorzeigeprojekte nicht übersehen, für die offensiv geworben wird, und die natürlich hinsichtlich des Einbezugs der lokalen Bevölkerung und der Beachtung von Aspekten der Biodiversität als vorbildlich dargestellt werden.

Entsprechend wurde die Position zu Senken auch ein zentraler Diskussionspunkt im Forum. Die Indigenen-Position von der SB13 in Lyon wurde nun von einigen in Frage gestellt. Andere indigene

Vertreter aus Südamerika waren sich nicht sicher, ob eine Anti-Senken-Position den indigenen Gemeinschaften an der Basis vermittelbar sei, da in einigen Regionen große Hoffnungen in den CDM gesetzt werden. Dies gilt z.B. für ein Gebiet in Ecuador, das derzeit von der Erdölexploration bedroht ist. Die dortigen Gemeinschaften suchen verständlicherweise jedes Argument zu nutzen, um ihre Gebiet zu schützen, so auch die Kohlenstoffspeicherung durch den Wald. Dass nun gerade der Erhalt von Wald überhaupt nicht im Mittelpunkt der offiziellen Diskussion steht, sondern die Anpflanzung von Plantagen, ist eine andere Sache.

Die Mehrzahl der indigenen Delegierten einigte sich nach längerer Diskussion darauf, dass es den einzelnen lokalen Gemeinschaften anheimgestellt werden muss, ob sie den CDM in Zukunft für ihre Ziele nutzen wollen, dass es aber eine ganz andere Sache ist, was in einem Prozess auf internationaler Ebene vertreten wird. Hier stehen andere, längerfristig gültige Argumente im Vordergrund, etwa das der Verpflichtung der Industrienationen zu echten Treibhausgasemissionen und die Frage der Sicherung der Landrechte für Indigene.

Demgegenüber waren sich die indigenen Delegierten aus Asien und Afrika einig in der eindeutigen Ablehnung von Senkenprojekten im CDM, zumal in diesen Regionen die Frage der Landrechte in der Regel ein noch größeres Problem darstellt als in Südamerika. Insofern war für diese VertreterInnen klar, dass mögliche Waldprojekte

ihnen keinerlei Nutzen bringen würden, sondern dass im Gegenteil Pilotprojekte bereits zur Vertreibung der lokalen Bevölkerung aus den Projektgebieten geführt haben.

Für die Vertreter aus den kleinen Inselstaaten Ozeaniens stellt sich die Situation wieder etwas anders dar. Für sie stehen, übereinstimmend mit den Regierungspositionen, generelle Fragen der Wirksamkeit des Kyoto-Protokolls im Zentrum, zumal sie keinen dringenden Bedarf sehen, die Klimapolitik für die Zwecke des Walderhalts zu nutzen.

Insofern kam das indigene Forum mehrheitlich zu dem Schluss, die Lyon-Position aufrecht zu erhalten und dies in einem neuen Positionspapier zu bekräftigen [s. folgende Seiten].

Der Klimaprozess wird weitergehen - die Beteiligung der indigenen Organisationen ebenfalls. Sie planen ein längerfristiges Programm, das neben der Beteiligung an den nächsten Stationen des Prozesses auch Informations- und *capacity-building*-Programme enthält und das Monitoring klimabezogener Waldprojekte aus der Sicht der Betroffenen. Die drei „*Alliances*“ - Internationale Allianz indigener und in Stämmen lebender Völker der tropischen Regenwälder, *Amazon Alliance* und Klima-Bündnis, werden zu diesem Zweck weiterhin zusammenarbeiten.

Gotelind Alber

Die Autorin ist Mitarbeiterin des Klima-Bündnis und Mitglied der AG Klima.

Indische NGO-Vertreterinnen übergeben dem nigerianischen Delegationsleiter - stellvertretend für die G 77 seinen Anteil am „Weltkuchen“. Die USA-Delegation wollte den gesamten restlichen Kuchen stellvertretend für die Annex I Staaten allerdings nicht entgegen nehmen.





Declaration of Indigenous Peoples on Climate Change

Erklärung der Indigenen Völker zum Klimawandel

The Hague, November 11-12, 2000

Diese Erklärung liegt derzeit leider nur in englischer Sprache vor, soll aber in Kürze auch ins Deutsche übersetzt werden.

I. PREAMBLE

We, the Indigenous Peoples of our Mother Earth, as partners with in the United Nations Family, have collectively developed our rights, responsibilities and aspirations in international law and formal declarations, including the U.N. Draft Declaration on Indigenous Peoples Rights. In the light and spirit of these instruments we welcome this opportunity to participate in the UNFCCC -Process, for the recognition, promotion and protection of our rights. As the Delegates of Indigenous Peoples and organisations convened on the occasion of the Sixth Conference of the Parties of the Framework Convention on Climate Change in the Second International Indigenous Forum on Climate Change at the Hague from November 11th to the 12th, 2000, we affirm the Albuquerque Declaration, the Quito Declaration, Lyon Declaration and Position Paper of the First Forum of the Indigenous Peoples on Climatic Change. Furthermore, we address the Parties and other participants at this Conference to share the conclusions of our Forum:

II. CONSIDERATIONS

1. Earth is our Mother. Our special relationship with Earth as stewards, as holders of indigenous knowledge cannot be set aside. Our special relation with her has allowed us to develop for millennia a particular knowledge of the environment that is the foundation of our lifestyles, institutions, spirituality and world view. Therefore, in our philosophies, the Earth is not a commodity, but a sacred space that the Creator has entrusted to us to care for her, this home where all beings live.
2. Our traditional knowledge on sustainable use, conservation and protection of our territories has allowed us to maintain our ecosystems in equilibrium. This role has been recognised at the Earth Summit and is and has been our contribution to the planet's economy and sustainability for the benefit present and future generations.
3. Our cultures, and the territories under our stewardship, are now the last ecological mechanisms remaining in the struggle against climate devastation. All Peoples of the Earth truly owe a debt to Indigenous Peoples for the beneficial role our traditional subsistence economies play in the maintenance of planet's ecology.
4. Over twenty international instruments affirm, promote or suggest the rights of Indigenous Peoples to full and direct participation without discrimination in the development of national and international policies that have the potential to impact upon us. However, while instruments such as the ILO Convention covers a wide range of Indigenous Peoples rights, such as labor issues, land rights, social and economic rights, cultural rights, political representation and self-governance, they fail to adequately protect our concerns with regard to the destruction of the Earth's climate.
5. We reaffirm our ancestral rights to self-determination and our right to decide without any outside interference on issues directly or indirectly related to our lands and territories, that include terrestrial and marine ecosystems and that are among the most diverse and particularly fragile on the planet.
6. There have been advances in the legal-philosophical debate for the recognition of our collective rights. Furthermore, we think that there have been regional and national advances on this matter, but unfortunately, grave and systematic human rights violations and violations of the fundamental liberties of the Indigenous Peoples persist.
7. Climate change is a reality and is affecting hundreds of millions of our peoples and our territories, resulting in famine, extreme poverty, disease, loss of basic resources in our traditional habitats and provoking involuntary displacements of our peoples as environmental refugees. The causes of climate change are the production and consumption patterns in industrialised countries and are therefore, the primary responsibility of these countries. The policies of developing countries and economies in transition that promote coal and uranium mining, logging, nuclear and large hydro electric power station and oil and gas extraction and transportation contribute to climate change and the destruction of our territories.
8. We are profoundly concerned that current discussions within the Framework Convention on Climate Change, as well as the practical implementation of the Kyoto Protocol do not recognise our right to adequate participation. These policies and mechanisms exclude us as participants, deny our contributions, and marginalize our Peoples. These policies and mechanisms will permit developed countries to avoid their responsibility to reduce emissions at source, promote the expansion of global capital, and deepen our marginalization.
9. We are also profoundly concerned that the measures to mitigate climate change currently being negotiated are based on a worldview of territory that reduces forests, lands, seas and sacred sites to only their carbon absorption capacity. This world view and its practices adversely affect the lives of Indigenous Peoples and violate our fundamental rights and liberties, particularly, our right to recuperate, maintain, control and administer our territories which are consecrated and established in instruments of the United Nations.
10. We reject the inclusion of carbon sinks within the CDM and disagree with the definition of carbon sinks as stated in the Kyoto Protocol. We, as Indigenous Peoples, manage the „natural carbon sinks“ in our territories according to our world view and their integral use is a right that our people have and exercise according to our local and specific needs. We do not accept that forests are valued only for their carbon sequestration capacity.
11. We are profoundly concerned that the current proposed definitions of afforestation, deforestation, and reforestation pose a threat to the traditional uses of Indigenous Peoples of their lands



and territories. We demand that these definitions be in accord with the already accepted definitions in other international conventions, specifically the Convention on Biological Diversity.

12. Concepts, practices, and measures, such as plantations, carbon sinks and tradeable emissions, will result in projects which adversely impact upon our natural, sensitive and fragile eco-systems, contaminating our soils, forests and waters. In the past, even well intentioned development policies and projects have resulted in disastrous social and ecological consequences. In this case, the concepts, policies and measures being negotiated do not consider the best interests of Indigenous Peoples. Consequently, we cannot accept any concepts, projects or programmes that ravage our territories or deny, limit, or restrict our fundamental rights and freedom.

III. RECOMMENDATIONS

1. We propose that COP guarantees the fullest and most effective participation of Indigenous Peoples in all activities related to the FCCC through:

- notation of this Declaration,
- accreditation of Indigenous Peoples with special status in the decision-making

processes in the Conference of the Parties, meetings of the Subsidiary Bodies, as well as at all activities carried out within the Convention;

- establishment of an ad-hoc, open-ended working group on Indigenous Peoples and climate change with the broad participation of Indigenous Peoples;
 - creation of a Division on Indigenous Peoples within the Convention's Secretariat;
 - inclusion of a permanent agenda item on Indigenous Peoples in the permanent agenda of the COP and its subsidiary bodies and all activities that they organise;
 - meaningful consultation between the FCCC and the CBD, the proposed Permanent Forum on Indigenous Issues, and other bodies dealing with Indigenous issues;
 - inclusion of Indigenous Peoples in the IPCC, Executive Board of the CDM, expert review teams and the compliance committee;
2. We propose that COP establish appropriate programs of capacity building, formation and diffusion of the Convention and the Kyoto Protocol and its activities with the participation of the representative Indigenous organisations.
3. We propose that COP support access for Indigenous Peoples as equal part-

ners at every level of decision-making including needs assessments, case studies, and national and international policy-making activities concerning climate change impacts, causes and solutions.

4. We propose that to ensure the non intervention of oil, gas, nuclear and large hydro-electric power station, logging and mining companies, in their exploitation of natural resources in Indigenous territories, COP support Indigenous Peoples in our permanent struggle to defend the environment through such actions as:
- a. establishment of a moratorium on these activities in pristine areas and the promotion of locally appropriate, renewable, and efficient energy solutions;
 - b. imposition of legally binding obligations to restore all areas already affected by such activities, with the participation of Indigenous Peoples; and
 - c. creation of a fund for use by Indigenous Peoples to address the potential and actual impacts of development and climate change in the short and long term in a manner compatible with our traditional and customary cultures and lifestyles.

The Hague, 15th of November, 2000

Fossil of the Day



Wie auch schon bei der vergangenen Klimakonferenzen, wurde in Den Haag täglich das „Fossil des Tages“ vergeben. Hier wird der Staat mit einem Negativpreis versehen, der in den vergangenen 24 Std. mit abstrusen Vorschlägen den Verhandlungsprozess torpediert oder blockiert hat.

Die Organisatoren legten in Den Haag der Preisverleihung die Sage des kleinen

Hans Brinkert zugrunde, der seinerzeit am Deich spielte als ein heftiges Unwetter losbrach. Als er ein kleines Loch im Deich entdeckte, steckte er seinen Finger hinein und rettete so Holland vor der Überschwemmung. Bei den drohenden Klimaveränderungen könnten die 10 Finger des kleinen Hans irgendwann nicht mehr ausreichen, und so vergaben die NRO den dritten Platz mit dem „Foot Deep Fossil“, symbolisiert mit einem Hans, der bis zu den Knöcheln im Wasser steht, als zweiten Platz den „Wet Belly Fossil“, entsprechend mit nassem Bauch, und als unrühmlichen ersten Platz den „Drowning Fossil“, dem das Wasser bis zum Hals steht.

In der Endabrechnung war Kanada ertrunken, Japan hatte einen nassen Bauch, die USA immerhin nasse Füße. Mehr dazu gibt es unter: www.fossil-of-the-day.org.



Armutsbekämpfung und Klimaschutz - kein Gegensatz

Nord-Süd-Workshop über zukunftsfähige Energiepolitik

Unmittelbar vor der Klimakonferenz in Den Haag hat das Forum Umwelt & Entwicklung zusammen mit der Heinrich Böll Stiftung einen Nord Süd Dialog Workshop durchgeführt. Eingeladen waren 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Osteuropa, sowie 15 weitere aus EU-Ländern. Thema der zweitägigen Veranstaltung war die Suche nach Strategien für eine nachhaltige Energienutzung mit besonderem Schwerpunkt auf Entwicklungsländern. Einige dieser Gedankenanstöße aus dem Workshop sollen im Folgenden wiedergegeben werden.

Beim internationalen Klimaschutz geht es vorrangig um die Reduzierung des Verbrauchs von fossilen Brennstoffen, da diese hauptsächlich für den Ausstoß von Treibhausgasen verantwortlich sind (74% des weltweiten Energiekonsums kommt von fossilen Energieträgern). Entwicklungsländer spielen dabei mit ihrem geringen weltweiten Anteil an CO₂ Emissionen nur eine untergeordnete Rolle (weniger als 4%). Vielmehr steht Entwicklung und mit ihr die Armutsbekämpfung im Interessenmittelpunkt vieler Entwicklungsländer. Dabei können Armutsbekämpfung und Klimaschutz eine sinnvolle Verbindung eingehen, denn auf der einen Seite ist Energieversorgung ein wichtiger Faktor zur Armutsbekämpfung (Befriedigung von Grundbedürfnissen, Beleuchtung, Beförderung von Trinkwasser und Abwasser, medizinische Versorgung, Kommunikation, Transport, etc.) auf der anderen Seite wird aber der steigende Energiebedarf zum größten Teil aus fossilen Brennstoffen wie Kohle und Erdöl gedeckt. Es wird sogar mit einer 300%igen Steigerung des Energiebedarfs in Entwicklungsländern zwischen 1990 und 2010 gerechnet. Wenn sich dieses Wachstum auf traditionelle Energiequellen wie Biomasse oder fossile Energieträger beschränkt, hat das unabsehbare Folgen für Umwelt und Klima.

Ein weiterer Aspekt ist von größter Bedeutung: die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von Erdöl. Viele Entwick-

lungsländer haben keine eigenen Erdölvorkommen und müssen somit ihren Energiebedarf durch Importe decken. Der Anstieg der Rohölpreise in der jüngsten Vergangenheit hat nochmals deutlich gemacht, in welcher existenziellen Abhängigkeit sich viele Entwicklungsländer befinden. Allein um die nötigen Ölimporte zu sichern, müssen zunehmend Devisen aufgebracht werden, wodurch Investitionen im Land verhindert werden, bzw. der Schuldenberg anwächst.

Armutsbekämpfung braucht nachhaltige Energieversorgung

Viele Entwicklungsländer haben eine unzureichende Energieversorgung, z.B. haben in Afrika 9 von 10 Menschen keinen Zugang zu Strom, und dreiviertel der vorhandenen Energie kommt aus immer knapper werdenden traditionellen Energiequellen (Holz, Rinderdung). Dabei ist

„Unsere Politik muss auf einer soliden moralischen Grundlage und dem Einsatz für den Vorrang der Menschen und ihr langfristiges Wohlergehen basieren. Wir müssen auf der Hut sein, vor den Versuchungen kurzfristiger Vorteile und Druck von mächtigen Kräften, die auf Kosten längerfristiger Interessen aller gehen. Wir können es uns nicht leisten, mit dem Geburtsrecht der zukünftigen Generationen zu handeln.“

Nelson Mandela, 1997

Energie wichtig für nahezu alle Bereiche sozialer und ökonomischer Aktivitäten. Sie wird sowohl als Produktionsmittel als auch zur Verbesserung von Lebensqualität benötigt. Letztendlich wirkt sich Energie auf Armut, Gesundheit, Umwelt, industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung aus.

Die genannten Punkte machen deutlich, wie stark Armutsbekämpfung mit einer nachhaltigen Energieversorgung in Zusammenhang steht. Eine dezentralisierte Versorgung mit erneuerbaren Energien als Ansatz für einen nachhaltigen Entwicklungspfad ist längst nichts Neues mehr und auch die technische Machbarkeit ist nicht mehr das vorrangige Pro-

blem. Gedämpft wird die Entwicklung und Verbreitung von Technologien aus erneuerbaren Energien durch ihre oft geringe Rentabilität und die fehlenden Investoren, besonders im ländlichen Bereich. Aus diesem Grund wird die Versorgung besonders der ländlichen Bevölkerung mit Energie von externen finanziellen Ressourcen abhängig bleiben, dies betrifft natürlich auch im besonderen Maße erneuerbare Formen der Energienutzung. Wie bereits erwähnt, ist die ökonomische Entwicklung stark abhängig vom Zugang zu Energie. An dieser Stelle schließt sich der Teufelskreis, und es wird deutlich, wie unter den richtigen Voraussetzungen finanzielle Mechanismen diesen Kreislauf durchbrechen können. Hier bieten z.B. auch Bestandteile des Kyoto-Protokolls (z.B. Technologietransfer oder flexible Mechanismen) potentielle Lösungsansätze.

Eine große Unsicherheit ergibt sich auch aus der Liberalisierung und Deregulierung der Energiemärkte, die in Industrieländern bereits weit vorangeschritten ist. Sie wird in zunehmendem Maße auch die Entwicklungsländer betreffen. Es ist nur schwer abzuschätzen, wie diese Entwicklung den Ausbau von erneuerbaren Energien beeinflussen wird. Erfahrungen in Industrieländern haben aber gezeigt, dass bestimmte Regulationsmechanismen und politische Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien notwendig sind, um sich auf einem liberalisierten Markt behaupten zu können.

Herausforderungen für die Zukunft

Die genannten Punkte benennen nur einige, aber fundamentale Probleme, die weitreichende Lösungsstrategien brauchen, um zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik zu führen. In der Vergangenheit wurde das Thema Energie gerne verdrängt, da es äußerst kontrovers diskutiert wird. So wundert es auch nicht, dass auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 Energie nicht als eigenständiges Thema in die Agenda 21 aufgenommen wurde. Nach neun Jahren wird sich nun im nächsten Jahr das Überwachungsorgan zur Umsetzung der Agenda 21, die *Commission on Sustainable Development* (CSD), dem Energiethema widmen. Dabei sollen in Übereinstimmung mit den Zielen der Agenda 21 Strategien für eine zukunfts-



fähige Energiepolitik entwickelt werden. Die Bedeutung des Themas ist nicht mehr von der Hand zu weisen, und auch im Klimaschutz wird es in Zukunft immer wichtiger werden, besonders wenn klar wird, dass die internationalen Klimaverhandlungen im Alleingang nicht die notwendigen Schritte einleiten können, um einen drohenden Klimawandel abzuwenden.

In dieser Hinsicht kann der Weg über die CSD bis hin zur zehnjährigen Bilanz des UN Prozesses zu Umwelt und Entwicklung im Jahre 2002 (Rio+10) neue Strategien aufzeigen, die eine nachhaltige Entwicklung fördern sowie dem internationalen Klimaschutz neue/zusätzliche Impulse geben können. Rio+10 soll neben seiner symbolischen Wirkung auch die Möglichkeit bieten, kritisch internationale Vereinbarungen und Abkommen sowie eine nationale, regionale und lokale Umsetzung auf ihre Erfolge und Probleme zu durchleuchten. Ziel muss es sein, die Frage der nachhaltigen Entwicklung und der weltweiten Armutsbekämpfung in das Zentrum der Diskussion zu stellen. Dabei ist die Integration von Umwelt- und Entwicklungspolitik eine der entscheidenden Herausforderungen.

Rio+10 muss genutzt werden, um eine Energiepolitik voranzutreiben, die auch ihren Beitrag zur Armutsbekämpfung leistet, ohne die Zukunftsfähigkeit dieses Planeten zu gefährden. Dabei kann eine dezentrale Versorgung besonders der ländlichen Regionen mit erneuerbaren Energien einen großen Beitrag leisten. Regierungen müssen also die Verbreitung von erneuerbaren Energien vorantreiben, um die 2 Mrd. Menschen ohne Zugang zu Strom mit Energie zu versorgen. Rio+10 kann dabei helfen, den politischen Weg zu bereiten, indem dort eine globale Strategie zur Nutzung nachhaltiger Energien verabschiedet wird.

Eine offene Frage ist zudem die Rolle der Entwicklungsländer, also der „Betroffenen“. Wie werden sie in globale Armutsbekämpfungsstrategien eingebunden? Dürfen sie diesmal über ihre eigene Zukunft mitbestimmen, oder werden wieder die reichen Industrieländer entscheiden, welches die beste Strategie gegen Hunger, Armut und Umweltzerstörung ist? Erfahrungen haben gezeigt, dass die Länder des Nordens bei diesen Themen wenig Erfolge aufzuzeigen haben. Entscheidend ist deshalb, eine große Eigen-

verantwortlichkeit der Entwicklungsländer in zukünftigen Prozessen, ohne dabei die Industrieländer aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

Inwieweit dies gelingen kann, ist offen. Im Grunde ist der Rio +10 Prozess von seiner Zusammensetzung und Entscheidungsstruktur den internationalen Klimaverhandlungen sehr ähnlich, die stehen aber nach Den Haag kurz vor dem Scheitern, bzw. vor einem Kompromiss, der wenig mit echtem Klimaschutz gemein hat.

Die verschiedenen Diskussionsbeiträge dieser Veranstaltung wurden auf einem „side event“ während der Den Haager Klimakonferenz vorgestellt und dort von einem breiteren Publikum diskutiert. Besonders im Hinblick auf CSD9 und Rio+10 wurde der Workshop von den TeilnehmerInnen als Beginn für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Problematik verstanden, die von jetzt an in verschiedenen Diskussionsforen fortgeführt wird.

Gerald Knaut

Der Autor ist Referent der AG Klima in der Projektstelle des Forums.

Kommentare der deutschen NRO zum Grünbuch der Europäischen Kommission zum Treibhausgas-Emissionshandel innerhalb der EU

In diesem Diskussionspapier werden Kommentare zum EU-Grünbuch zum Handel mit Treibhausgasemissionen innerhalb der EU von der Arbeitsgruppe Klimapolitik des deutschen NRO Forum für Umwelt & Entwicklung vorgestellt. Sie stellen eine Ergänzung zum Positionspapier des europäischen NRO-Klimanetzwerkes (CNE - *Climate*

Network Europe) dar, das ebenfalls der Europäischen Kommission vorgelegt wurde. Die CNE-Kommentare beziehen sich weitestgehend auf Fragen, die die Europäische Kommission in ihrem Grünbuch-Papier gestellt hat. Dagegen setzen die Kriterien und Präferenzen dieses Positionspapiers an der Debatte über einen grundsätzlich zu wählenden Ansatz und an der Offenhaltung bzw. einer Neueröffnung der Gestaltung des Systems an. Dieses Diskussionspapier beleuchtet den

Emissionshandel - Stand der Debatte in Brüssel und Status dieses Papiers und betrachtet Aspekte der Gestaltung des Emissionshandelsystems.

Das 16-seitige Positionspapier kann sowohl in der Projektstelle bestellt werden oder aus dem Internet heruntergeladen werden. Dort ist es bei den Positionspapieren der AG Klima zu finden.

Bezug: Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn, Tel.: 0228/359704, Fax: 0228/359096, Email: forumue@compuserve.com



Sektorspezifische Reduktionsziele in der EU

Europäische Klimastrategie: Kommission liefert Zwischenbericht ab

Im März 2000 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung zu EU-Politiken und Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen, d.h. zur Etablierung einer EU-Klimastrategie, vorgelegt. Teil dieses Klimaprogramms (ECCP - *European Climate Change Programme*) war die Etablierung von Arbeitsgruppen ab Juni 2000, die mögliche Maßnahmen identifizieren und vorbereiten sollten [über den Prozess haben wir bereits in den vergangenen Rundbriefen mehrfach berichtet]. Zum Stand dieser auf die Dauer eines Jahres angelegten Arbeitsgruppen hat die Europäische Kommission im November einen Zwischenbericht vorgelegt. Die Klimastrategie wird ergänzt von der Debatte um die Etablierung eines EU-internen Emissionshandelssystems bis zum Jahr 2005.

Grundlage der Arbeiten an der EU-Klimastrategie ist u.a. eine 1999 durchgeführte Studie zur wirtschaftlichen Bewertung sektoraler Emissionsreduktionen, deren Ergebnisse in der Kommissionsmitteilung zusammen gefasst sind. Danach sollen zwar alle Sektoren zur Erreichung des Kyoto-Ziels (-8% bis 2008/12) beitragen, jedoch mit unterschiedlichem Gewicht - d.h. einige Sektoren sollen das Kyoto-Ziel übererfüllen, damit andere Sektoren (es steht zu vermuten: u.a. Verkehr) das Kyoto-Ziel überziehen können. Die unten aufgeführten Arbeitsgruppen sollen helfen, die Allokation der Reduktionsverpflichtungen zu bestimmen. Einen Vorgeschmack auf das politische Tauziehen um diese Frage hat die Debatte um Sektorziele im Rahmen der deutschen Klimastrategie gegeben.

Fortschritte in den Arbeitsgruppen

Alle Arbeitsgruppen werden durch Kommissionsangestellte geleitet, wobei sich die unterschiedlichen Generaldirektionen die Leitung der verschiedenen Arbeitsgruppen aufteilen. Den Vorsitz der übergeordneten Steuerungsgruppe hält die Generaldirektion (GD) Umwelt. An allen Arbeitsgruppen sind Vertreter/innen der Industrie, der Umweltverbände, der

Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission beteiligt. Die Arbeitsgruppen haben sich im letzten Halbjahr 2-4 mal getroffen.

Die schon seit Juni bestehenden Arbeitsgruppen sollen dem Ministerrat im Juni 2001 ihre (Abschluss-) Berichte vorlegen; bei den neu eingerichteten Gruppen ist noch nicht sicher, ob diese Frist ebenfalls gilt oder verlängert werden wird. Die Berichte sollen zum einen die Aufteilung der EU-Reduktionsverpflichtungen auf die einzelnen Sektoren skizzieren (!), sowie Grundlagen für einen konkreten Aktionsplan liefern. Die Entwicklung sektorspezifischer Reduktionsziele muss hierbei im Zusammenhang mit dem Ziel gesehen werden, bis zum Jahr 2005 ein EU-internes Emissionshandelssystem aufzubauen.

Zu den AGs im einzelnen:

AG I: Flexible Mechanismen (Vorsitz: GD Umwelt)

In dieser Arbeitsgruppe wurden einige Fortschritte erzielt, und spezifische Maßnahmen identifiziert. Dabei ging es um Zielsetzungen für Emissionshandel und freiwillige Vereinbarungen, um Bewertungsmethoden vor allem für frühzeitige Maßnahmen (*early action*) sowie um Binnenmarkts- und Wettbewerbsschutz. Die AG kam zu dem Ergebnis, dass die Erfüllung der Kyoto-Ziele die EU 9 Mrd. EURO jährlich kosten würde, von denen aber 6 Milliarden durch ein EU-weites, alle Sektoren erfassendes Emissionshandelssystem vermieden werden könnten (solche Prognosen setzen allerdings eine Reihe von Annahmen voraus, die in der Realität letztendlich nicht zutreffen müssen). Außerdem wurde im Rahmen dieser AG kürzlich eine Unter-AG zu *Joint Implementation* und *Clean Development Mechanism* eingerichtet, deren Aufgabe jedoch derzeit noch nicht klar scheint.

AG II: Energieversorgung (Vorsitz: GD Energie und Verkehr)

Diese Arbeitsgruppe bewegt sich in den altbekannten Linien energiepolitischer Diskussionen, und untersucht vor allem Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Energie-

erzeugung und fossile Brennstoffe, sowie Erneuerbare Energien. Zu den diskutierten Maßnahmen gehören ein Förderprogramm sowie eine Richtlinie zur KWK, eine Richtlinie zur Liberalisierung der Gasmärkte, Effizienzsteigerungen in der Energieversorgung vor allem durch die Substituierung von Alt- durch Neuanlagen, sowie die bekannten Maßnahmen der EU zur Förderung erneuerbarer Energien (vor allem die in Arbeit befindliche Richtlinie hierzu). Die Arbeit der nächsten Monate soll die komparative Kosteneffizienz dieser Maßnahmen bewerten.

AG III: Energieverbrauch (Vorsitz: GD Energie und Verkehr)

In dieser Arbeitsgruppe wurden einige Fortschritte in Richtung spezifischer Maßnahmen erzielt. So wird erwartet, dass die AG III eine Skizze für die Erarbeitung einer neuen Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden vorlegen wird. Dabei soll in den nächsten Arbeitsschritten außerdem der Gesamtenergieverbrauch von Gebäuden unter die Lupe genommen werden, inklusive Beleuchtung, Gebäudedesign und Infrastruktur. Außerdem soll die Richtlinie zum EU-Programm zur Förderung der Energieeffizienz (SAVE) grundlegend überarbeitet werden, und in Zukunft vermehrt auf die Förderungen von Erneuerbaren Energien im Baubereich, auf KWK sowie auf nachfragegesteuerte Instrumente setzen.

AG IV: Verkehr (Vorsitz: GD Energie und Verkehr)

AG IV hat bislang wenig Neues hervorgebracht (s. auch Schlussfolgerungen des Umweltrates unten). Sie hat ihre Arbeit in fünf Themenbereiche untergliedert: Technologien unterschiedlicher Verkehrsträger und Treibstoffe; Verkehrsinfrastrukturen und deren Nutzung und Preise; inter- und multimodaler Güterverkehr; Bewusstseinsbildung; Datenerfassung und -validierung. Außerdem hat sich eine Untergruppe zu Flugverkehr gebildet, wie auch Querschnitts-Untergruppen zu „Verkehr und Umwelt“ sowie zu fiskalischen Instrumenten. Eine weitere Kleingruppe befasst sich mit dem umweltfreundlichen Auto der Zukunft. Als konkrete Maßnahmen werden eine weitere freiwillige Ver-



einbarung diesmal zu Nutzfahrzeugen, technologische Verbesserungen von Autos, Intermodalität, Öffentlichkeitskampagnen sowie - als letztes - fiskalische Instrumente aufgezählt.

AG V: Industrie (Vorsitz: GD Unternehmen)

Die AG Industrie arbeitet derzeit an drei separaten Themen. Die Energieeffizienz von Industrie- und Energieproduktion wird in Zusammenarbeit mit der AG II in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe untersucht (s.u.). Die Untergruppe zu F-Gasen wird extrem von Vertretern der Industrie dominiert; sie einigte sich bislang auf die Verbesserung der Datenlage in der EU sowie auf die verbesserte Eindämmung unkontrollierter Verluste („leakage“) und die kontrollierte Zurückführung von Kuhlflüssigkeiten aus verschiedenen Anwendungen. In Zukunft will diese Untergruppe bislang unspezifizierte weitere Maßnahmen erarbeiten, und alle nationalen und EU-Maßnahmen zu F-Gasen auf ihre Kompatibilität mit Emissionshandelssystemen untersuchen (das Grünbuch der EU sieht den Handel unterschiedlicher Gase untereinander als Option vor; dies wird von den Umweltverbänden abgelehnt). Die letzte Untergruppe, zu Erneuerbaren Rohstoffen, wird von Beobachtern als bislang eher bedeutungslos eingestuft; sie berichtet zwar, dass Maßnahmen gelistet wurden, diese wurden der Öffentlichkeit bislang jedoch nicht vorgelegt. Insgesamt bewertet die Untergruppe das Reduktionspotential in diesem Bereich auf 6,5 Mio. Tonnen, und damit lediglich zwei Prozent der Reduktionsverpflichtung der EU, über einen Zeitraum von „realistisch zwanzig Jahren“.

AG VI: Forschung (Vorsitz: GD Forschung und Entwicklung)

Diese AG hat sich in den letzten Monaten hauptsächlich mit der Problematik der Anrechnung von Senken befasst, und will außerdem relevante Forschungen zur Umsetzung der Kyoto-Verpflichtungen zusammentragen. In Zukunft soll die meteorologische Wissenschaft in der EU, Messstationen und -verfahren und Wirtschaftlichkeitsanalysen weiterentwickelt werden; eine systematische Ausrichtung der Forschungs- und Entwicklungspolitik

der EU auf die Zielvorgaben von Kyoto scheint sich die AG nicht zum Ziel gesetzt zu haben.

Weitere Arbeitsgruppen

Gemeinsame AG II und V: Energieverbrauch in Produktions- und Industrieprozessen: In ersten Expertentreffen wurden energieintensive Industrien untersucht, u.a. in Hinblick auf Strom- und Gaseinsparung, inklusive des Einsatzes von Wärmepumpen.

Neue Arbeitsgruppen: Auf Betreiben der Generaldirektion Unternehmen wird in Kürze innerhalb der AG V eine Arbeitsgruppe zu Freiwilligen Vereinbarungen eingerichtet werden. Dies geschieht entgegen den Widerstand der Umweltverbände wie auch der Generaldirektion Umwelt; letztere hatte die Einsetzung einer solchen AG eventuell vielleicht allerhöchstens nach der Klimakonferenz in Den Haag prüfen wollen, jetzt kommt die AG zügig und sofort. Haken an dieser AG ist zweierlei: Erstens gibt es für andere Instrumente bzw. Querschnittsthemen keine eigene Arbeitsgruppe (auch nicht zu Steuern, Ordnungsrecht oder ähnlichen zu bevorzugenden Instrumenten); zweitens entwickeln sich solche AGs der Erfahrung nach zu Promotoren des in ihnen zu diskutierenden Instruments. Hier gilt es jetzt, die AG auf die Schaffung einheitlicher und stringenter Rahmenbedingungen für Freiwillige Vereinbarungen zu konzentrieren, ihre Aussagen hinsichtlich alternativer Instrumente aber zumindest neutral zu halten.

Die Etablierung einer neuen AG zum Thema Landwirtschaft ist noch in Diskussion.

Umweltministerrat zu den bisherigen Fortschritten der ECCP

Schon im Oktober hatte der EU-Umweltministerrat in seinen Schlussfolgerungen zur EU-Klimastrategie Vorschläge für „ökologisch und ökonomisch effiziente“ Maßnahmen benannt, die allerdings insgesamt in der Substanz zu wünschen übrig ließen. So forderten die Umweltminister (unausgesprochen: von ihren eigenen Ministerkolleg/innen im Energie-, im Verkehrs- und im Finanzministerrat) den zügigen Abschluss der EU-Gesetzgebungsverfahren zur Förderung erneuerbarer Energien, zur Energiesteuerharmo-

nisierung sowie zu Maßnahmen in Richtung Güterverkehr. Im einzelnen forderten die Umweltminister:

- **Verkehr:** Die Reduktion von CO₂-Emissionen vor allem von leichten Nutzfahrzeugen und von PKW-Klimaanlagen sowie die Förderung des Schienengüterverkehrs und der Intermodalität. Außerdem rasselte der Umwelttrat vorsichtig mit dem Säbel in Richtung Autoindustrie, und rief die Kommission dazu auf, Maßnahmen zur Erreichung des 120g/km-Ziel bis 2010 zu erarbeiten (unausgesprochen: für den Fall, dass die Selbstverpflichtung der Automobilindustrie keine Wirkung zeigt).
- **Energie:** Förderung der Erneuerbaren Energien mit einem Leitziel von 12% Anteil bis 2010 sowie der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und auch der Energieeffizienz von Gebäuden.
- **Andere Kyoto-Gase:** Die EU soll sich dem Problem der Methanemissionen aus der Abfall- und Landwirtschaft widmen. Außerdem sollen Maßnahmen für die weiteren Kyoto-Gase außer CO₂ (HFC, PFC, SF₆) ergriffen werden.
- **Umweltintegration:** Der Klimaschutz soll in allen Politikfeldern - vor allem auch bei Subventionen und Mehrwertsteuern - berücksichtigt werden. Auch sollten wirtschaftliche Instrumente im Klimaschutz - u.a. Steuern - weiterentwickelt werden; hierzu sollte die EU eine Studie durchführen.

Das Europäische Parlament hat Ende Oktober ebenfalls Kommentare zur ECCP verabschiedet [1].

Anja Köhne

Die Autorin ist Leiterin der EU-Koordination & Internationales des DNR und Koordinatorin der AG Klima.

Weitere Informationen: Karla Schoeters, Rob Bradley; Climate Network Europe (CNE); Tel.: 0032 / 2 / 231 0180; Fax: 0032 / 2 / 230 5713

[1] <http://www.europarl.eu.int>.

Die Mitteilung der Kommission findet sich unter: www.europa.eu.int/comm/environment/climat/eccp.htm. Dort findet man auch die Protokolle der Arbeitsgruppen.



Rio +10

Mühsamer Start zur UN-Finanzkonferenz

Auswege aus der permanenten Finanzkrise?

Die offiziellen Vorbereitungen zur UN-Konferenz über die „Finanzierung für Entwicklung“ (*Financing for Development - FfD*) nehmen Gestalt an. Zwei Anhörungen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) am 6.-7.11. und Wirtschaftsvertretern am 11.-12.12. in New York sowie eine Serie regionaler Hearings haben das Spektrum der inhaltlichen Forderungen an die Konferenz abgesteckt. Dass der Prozess schwierig wird, zeigt allein die Tatsache, dass der Termin der Konferenz bereits verschoben wurde, bevor die eigentlichen Verhandlungen überhaupt begonnen haben. Statt im Jahr 2001 soll sie nun im März 2002 stattfinden. NRO sehen darin aber auch eine Chance: Es bleibt so mehr Zeit für eine breitere Mobilisierung der Öffentlichkeit, die das Thema bisher kaum wahrgenommen hat.

Während die Form der geplanten UN-Veranstaltung nach wie vor ungeklärt ist, haben sich die Regierungen inzwischen immerhin auf eine provisorische Tagesordnung geeinigt. Offiziell spricht man weiterhin nicht von einer internationalen Konferenz sondern von einem „high-level event“, weil sich die USA (als einziges UN-Mitglied) prinzipiell gegen die Durchführung weiterer UN-Konferenzen sperren.

Als Themen der geplanten Konferenz haben sich die Regierungen bei der ersten Vorbereitungsstagung (PrepCom 1) im Juni 2000 vorläufig auf folgende sechs Bereiche verständigt, die weit über die traditionelle Entwicklungsfinanzierung hinausgehen:

□ Mobilisierung heimischer Ressourcen

Dieses Lieblingsthema der „Geberländer“ gerät zunehmend auch ins Visier der NRO. Ihr Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Steuerpolitik. In diesem Zusammenhang werden die Forderung nach einer Steuer auf Devisentransaktionen (*Currency Transaction Tax - CTT*) nun

(hauptsächlich aus taktischen Gründen) auch unter dem Titel „heimische Ressourcen“ vorgebracht.

□ Internationale Ressourcen: Auslandsinvestitionen und andere private Kapitalflüsse

Vertreter der Wirtschaft sehen im gesamten FfD-Prozess vor allem die Chance, die internationalen Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen zu verbessern und die Bewegungsfreiheit des privaten Kapitals weiter zu erhöhen. NRO und Länder der G-77 betonen dagegen die Notwendigkeit verbesserter Regeln für transnationale Kapitalströme, von nationalen Kapitalverkehrskontrollen bis hin zu globalen Investitionsregeln. Auch die aktuelle Debatte über den *Global Compact* zwischen UNO und Privatwirtschaft gehört in diesen Kontext.

□ Handel

Wenn es nach den Regierungen der Industrieländer, allen voran der USA, ginge, würde dieses Thema mit Verweis auf die Zuständigkeit der WTO von der Agenda gestrichen. Die Länder des Südens haben vor allem zwei Argumente, warum es dennoch auf einer Konferenz über Entwicklungsfinanzierung behandelt werden sollte: Erstens wollen sie einen verbesserten Zugang zu den Märkten der Industrieländer durchsetzen, um dadurch ihre Exporteinnahmen zu erhöhen; zweitens wenden sich viele gegen den wachsenden Druck zur Öffnung der eigenen Märkte und zur Absenkung der Zölle, da dies für einige Länder dramatische Einnahmeausfälle bedeutete.

□ Internationale Entwicklungszusammenarbeit, einschließlich ODA

Die öffentliche Entwicklungshilfe wird traditionell ein zentrales Thema der Verhandlungen bilden. Appelle, den Abwärtstrend der ODA umzukehren, sind von allen Seiten zu erwarten. Einen Ausweg aus der ritualisierten 0,7-Prozent-Debatte weist dies nicht. Eine substantielle Erhöhung der ODA ist nicht in Sicht. Statt auf die Quantität wird sich die Aus-

einandersetzung daher verstärkt auf die Qualität der Entwicklungskooperation konzentrieren. Der Abbau des Geberdirigismus, von Konditionalitäten und Lieferbindungen sowie die stärkere Verbindlichkeit der Ressourcenflüsse wird auf der Agenda stehen. NRO werden in diesem Zusammenhang erneut ihre Forderungen nach vertraglichen Nord-Süd-Beziehungen, etwa in Form einer Anti-Armutskonvention, vorbringen.

□ Schulden

Die Forderung nach weiteren Schuldenstreichungen steht bei der G-77 und vielen NRO an erster Stelle, da so am ehesten Ressourcen für Entwicklungszwecke freigesetzt werden können. Die Kritik an der erweiterten Initiative für die hochverschuldeten ärmsten Länder (*Highly Indebted Poor Countries - HIPC*) und den Weltbank-Strategien zur Armutsreduzierung (*Poverty Reduction and Strategy Paper - PRSP*) sowie die Forderungen nach einer Ausweitung der Entschuldungsmaßnahmen auf die hochverschuldeten Länder mit mittlerem Einkommen werden die diesbezüglichen Debatten im FfD-Prozess bestimmen. Die Vorschläge zur Einführung eines internationalen Insolvenzrechts wurden bereits bei den jüngsten Hearings der UN ausführlich diskutiert und finden auf UN-Ebene immer mehr Unterstützung.

□ Systemische Fragen: Verstärkte Kohärenz und Konsistenz des internationalen Geld-, Finanz- und Handelssystems

Mit diesem Thema begeben sich die Vereinten Nationen auf ein Terrain, das traditionell vor allem von den Bretton-Woods-Institutionen IWF und Weltbank als ihr Hoheitsgebiet angesehen wird. Entsprechend groß ist die Zurückhaltung der dort dominierenden Industrieländer, sich etwa mit Fragen der zukünftigen *Governance* des internationalen Finanzsystems unter dem Dach der UNO zu befassen. Ob es dennoch gelingt, die politische Auseinandersetzung über diese „harten“ ökonomischen Themen in die UNO zurückzuholen, wird vor allem da-



von abhängen, ob die Finanzminister, und vermittelt über sie auch der IWF, den FfD-Prozess ignorieren oder als politisch relevant einstufen. Und dies wird nicht zuletzt auch vom Druck der Öffentlichkeit abhängen.

Mehr als eine Konferenz zur Entwicklungshilfe

Die Öffentlichkeit, und allen voran die Nord-Süd-NRO, haben den bisherigen FfD-Prozess kaum wahrgenommen. Mit den NRO-Hearings im November begann dies sich zu ändern. Zahlreiche VertreterInnen großer NRO-Netzwerke, u.a. Jubilee South, Social Watch, Third World Network, ATTAC, Afrodad, und internationaler Verbände wie des International Council on Social Welfare (ICSW) und des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG) betonten in New York die außerordentliche Bedeutung der geplanten Konferenz. Wie groß ihre Mobilisierungsfähigkeit ist, wird sich zeigen, wenn im Februar 2001 die eigentlichen Vorverhandlungen zur FfD-Konferenz beginnen. Der Fahrplan für die Verhandlungen sieht nach der ersten Tagung des Vorbereitungsausschusses in diesem Jahr (PrepCom 1) inzwischen noch drei weitere Tagungen bis zur eigentlichen Konferenz 2002 vor. Die vorläufigen Termine sind:

- PrepCom 2: 12.-23.2.2001
- PrepCom 3: 30.4.-11.5.2001
- PrepCom 4: 14.-25.1.2002
- FfD-Konferenz: 2. Märzhälfte 2002

Grundlage der Verhandlungen wird ein Bericht des UN-Generalsekretärs sein, der für Mitte Januar 2001 angekündigt ist. In ihm sollen auch die Positionen von NRO und Business-Vertretern berücksichtigt werden, die bei den Hearings im November und Dezember in New York formuliert wurden [1].

Die Regierungen beginnen erst langsam, sich für die Verhandlungen in Stellung zu bringen. Die EU hat unter der Federführung der französischen Präsidentschaft Ende Oktober ein dürres, dreiseitiges ‚Non-Paper‘ vorgelegt, das zwar die „große Bedeutung“ der geplanten Konferenz betont, aber keine neuen politischen Impulse enthält. Aus dem Kreis der G-77 werden demgegenüber weit grundsätzlichere Töne angeschlagen: Von Guyana wurde im Oktober in der Generalver-

Forumspublikation zum Thema: Finanzierung für Entwicklung (von Jens Martens)

Die traditionelle öffentliche Entwicklungshilfe steckt in der Krise und entfernt sich immer mehr vom anvisierten „0,7-Prozent-Ziel“; die internationalen Ströme von privatem Kapital sind rasant angewachsen, ohne dass die Mehrheit der Entwicklungsländer bislang davon profitierte; die Finanzkrisen der vergangenen Jahre machten den gewachsenen Regelungs- und Abstimmungsbedarf innerhalb des globalen Geld- und Finanzsystems deutlich.

Erstmals in ihrer Geschichte werden die Vereinten Nationen im Jahr 2001 eine Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung durchführen. Ihr Ziel ist es, Auswege aus der permanenten Finanzkrise der meisten Länder des Südens zu finden. Das Spektrum der Themen, die dort auf der Agenda stehen, reicht von der künftigen Rolle öffentlicher und privater Kapitalflüsse bis hin zu institutionellen Reformen im Weltfinanzsystem. Quantität wie Qualität der Entwicklungshilfe müssen angesprochen werden, um in den Ländern des Südens eine letztlich nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Wie schon bei den Weltkonferenzen

der 90er Jahre werden Nichtregierungsorganisationen die Dynamik des Verhandlungsprozesses mitbestimmen. Der Ausgang der Konferenz wird auch von ihren Impulsen und dem öffentlichen Druck, den sie auf die Regierungen ausüben, abhängen. Der Zeitpunkt dafür ist angesichts der aktuellen Debatte um eine Reform des IWF und der Krise der WTO nach Seattle günstiger denn je.

Das vorliegende Arbeitspapier soll die Diskussion in Deutschland über die Finanzierung einer zukunftsfähigen Entwicklung fördern und zur aktiven Auseinandersetzung mit den zentralen Themen der Entwicklungsfinanzierung anregen.

43 Seiten, DM 5,-
Bezug: Forum Umwelt & Entwicklung,
Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn,
Tel.: 0228/359704,
Fax: 0228/359096,
Email: forumue@compuserve.com

Ebenfalls vom Autor erschienen: „Overcoming the Crisis of ODA. Statement at the NGO-Hearings of the United Nations“; New York, 7. November 2000 (zugänglich über www.weedbonn.org).

sammlung der umfassende Vorschlag für eine „Strategie zur Förderung einer Neuen Globalen Menschlichen Ordnung“ (A Strategy for the Promotion of a New Global Human Order, UN Dok. A/55/496 vom 19. Oktober 2000) eingebracht, der keinen geringeren Anspruch hat, als eine Antwort der Entwicklungsländer auf die Globalisierung zu formulieren. Angesichts dieser Texte wird es im weiteren FfD-Prozess zunächst wohl vor allem darum gehen, eine gemeinsame Sprache und Verhandlungsebene zu finden.

Von manchen wurde die FfD-Konferenz bisher als reine Entwicklungshilfe-Veranstaltung ohne politische Breitenwirkung angesehen. Die Agenda der Konferenz zeigt jedoch, dass ihr politisches Potenzial weit größer ist. Denn es geht bei der Konferenz um weit mehr als „nur“ um Entwicklungshilfe. Zur Debatte steht auch die (Neu-) Verortung der Rolle und Ver-

antwortung von Staaten und Privatwirtschaft im Globalisierungsprozess. Letztendlich muss die Frage beantwortet werden, wie angesichts des Scheiterns der staats- und marktfixierten Entwicklungsentwürfe der letzten Jahrzehnte das aussieht, was in jüngster Zeit etwas hochtrabend als „neues Entwicklungsparadigma“ eingefordert wird. Dass ein neues Paradigma nicht im Rahmen einer UN-Konferenz entwickelt werden kann, ist allen klar. Aber der FfD-Prozess bietet zumindest den Rahmen für die überfällige grundsätzliche Auseinandersetzung über die Neugestaltung der Nord-Süd-Beziehungen.

Jens Martens

Der Autor ist Mitglied des geschäftsführenden Vorstands von WEED und koordiniert dort den Programmbereich UNO/EU-Nord-Süd-Politik.

Dieser Beitrag ist auch erschienen in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung 11-12/2000.

[1] Die Stellungnahmen sind über die FfD-Website der UNO verfügbar: www.un.org/esa/ffd/.



Aus den Arbeitsgruppen

AG Handel:

Marktzugangsprobleme im Agrarsektor

Broschüre der AG Handel

Im Rahmen der Neuverhandlung des Agreement on Agriculture (AoA) fordern viele Entwicklungsländer u.a. erleichterten Zugang zu den Märkten des Nordens. Diese Forderung steht im Mittelpunkt der im Auftrag der AG Handel erarbeiteten Studie „Marktzugangsprobleme für Entwicklungsländer im Agrarsektor“ [1]. Den Marktzugangsproblemen wurde dabei in vier Bereichen nachgegangen: Zollpolitik, Handelspräferenzen, Gesundheits- und Hygienestandards sowie die Rolle transnationaler Konzerne.

Trotz des Scheiterns der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) Ende 1999 in Seattle wird über einige wichtige Bereiche, darunter das Agrarabkommen, seit Anfang 2000 in Genf weiterverhandelt. Artikel 20 des AoA verpflichtete die Mitgliedsländer, in diesem Jahr weitere Liberalisierungsverhandlungen zu beginnen. Die Delegationen einigten sich daher im März auf einen ersten Verhandlungsfahrplan. Ein Zeitrahmen für den Abschluss der Gespräche wurde allerdings nicht festgelegt.

Zollpolitik

Das Agrarabkommen unterwirft drei Kategorien von Maßnahmen einer strikteren Regulation: den Marktzugang, interne Unterstützungen und Exportsubventionen. Die Regelungen im Bereich des Marktzugangs umfassen im Wesentlichen: die Tarifizierung, Zollsensenkungen, Mindestmarktzugänge und eine spezielle Schutzklausel.

Die für Zollsensenkungen zugrunde gelegten Basissätze waren die zu Beginn der Uruguay-Runde existierenden Zölle oder Zolläquivalente, welche durch die Umwandlung nicht-tarifärer Beschränkungen in feste Zölle - die sogenannte Tarifizierung - ermittelt wurden. Die Basiszollsätze mussten im Durchschnitt aller Produkte

bis zum Jahr 2000 um 36% gesenkt werden. Durch die Ausweisung höherer Zolläquivalente, als es dem tatsächlichen Schutzeffekt entsprochen hätte - die sog. schmutzige Tarifizierung -, konnten die Verpflichtungen aber deutlich abgeschwächt werden.

Hinzu kam die Möglichkeit, die Zollsensenkungen ungleichmäßig über die verschiedenen Produkte zu verteilen. Vorausgesetzt die durchschnittliche Reduktion von 36% wurde erreicht, genügte es, den einzelnen Zollsatz lediglich um 15% zu senken. Dadurch wurde die Tendenz gestärkt, größere Reduktionen dort vorzunehmen, wo die Zölle bereits niedrig sind, und hohe Ausgangszölle nur schwach zu senken. Folge ist eine starke Streuung der Zölle mit einzelnen ausgeprägten Spitzen. EU-Spitzenzölle finden sich u.a. bei Fleisch, Zucker, Milch, Getreide, Tabak, Baumwolle, Obst, Gemüse und bei vielen verarbeiteten Lebensmitteln. Auch die Praxis der Zolleskalation, d.h. das Ansteigen der Zollbelastung mit der Verarbeitungsstufe eines Produkts, ist mit dem Agrarabkommen zwar beschränkt, aber keineswegs beseitigt worden.

Da die Tarifizierung in einigen Fällen zu prohibitiv hohen Zöllen führte, wurde eine Mindestmarktzugangsregelung in das AoA aufgenommen, welche die Einrichtung neuer Zollquoten zur Folge hatte. Wie diese aber zugeteilt werden sollen, wurde nicht näher geregelt, was den Zugang für viele Exporteure erheblich behindert. Vielfach werden die Importlizenzen vorsätzlich an Anbieter vergeben, die nicht in der Lage oder willens sind, das gewährte Kontingent zu nutzen.

Ein weiteres potenzielles Marktzugangshindernis wurde mit der speziellen Schutzklausel des AoA geschaffen. Diese erlaubt die Erhebung zusätzlicher Zölle auf tarifizierte Güter, wenn die Importmenge eine bestimmte Schwelle überschreitet oder der Importpreis unter ein bestimmtes Niveau fällt. Die Industrieländer haben für nahezu 80% ihrer tarifizierten Agrarprodukte die Anwendung dieser Klausel reserviert.

Handelspräferenzen

Zahlreiche OECD-Länder gewähren den Exporten aus dem Süden in eigenen Abkommen einen präferenziellen Marktzugang, indem niedrigere oder gar keine Zölle erhoben werden und nicht-tarifäre Beschränkungen gesenkt oder abgeschafft sind.

Das im Juni dieses Jahres in Cotonou (Benin) unterzeichnete Partnerschaftsabkommen der EU mit den 77 AKP-Staaten (in Afrika, in der Karibik und dem Pazifik) wird die Handelsvergünstigungen der früheren Lomé IV-Konvention mindestens bis 2002 fortschreiben. Waren aus den AKP-Ländern können weiterhin zu mehr als 90% zollfrei in die EU eingeführt werden, die Güter der ärmsten Entwicklungsländer (LDCs) sind zu 99% zollfrei. Wichtige Ausnahme sind aber Agrarprodukte, die in der EU der gemeinsamen Marktordnung unterliegen, sowie verarbeitete Lebensmittel. Hier sind die Zollerleichterungen häufig nur gering und es verbleiben zahlreiche Spitzensätze.

Während das Cotonou-Abkommen zwischen der EU und den AKP-Ländern ausgehandelt wurde, werden die Vergünstigungen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) von Seiten der EU bestimmten Ländern einseitig angeboten und können jederzeit modifiziert oder aufgekündigt werden. Je nach „Sensitivität“ der Güter werden stufenweise Zollreduktionen gewährt. Besonders gering, weil als „sensitiv“ eingestuft, sind die Erleichterungen bei Reis, Bananen, Zucker, Maniok sowie Rind- und Kalbfleisch.

Die Handelspräferenzen haben aber nur bescheidene Erfolge erzielt. Die AKP-Staaten vermochten weder ihre Exporte in die EU zu steigern, noch ihre Produktpalette in nennenswertem Ausmaß zu diversifizieren. Von den weitreichenden Zollbefreiungen des Lomé-Abkommens profitierten in erster Linie 13 von seinerzeit 71 AKP-Ländern. Hinzu kommt eine beträchtliche Präferenzerosion, d.h. die Zollpräferenzen werden aufgrund des allgemeinen Trends zu Zollsensenkungen an Bedeutung verlieren.



Gesundheits- und Hygienestandards

Der sich abzeichnende Bedeutungsverlust von Zöllen und Quoten als entscheidende Barrieren für Agrarexporte der Entwicklungsländer rückt andere Handelshemmnisse, wie Hygienestandards und die Macht transnationaler Konzerne, stärker in den Vordergrund.

Viele Exporteure haben große Schwierigkeiten den in Industrieländern etablierten Vorschriften für Lebensmittelqualität und -sicherheit zu genügen, und ihre Waren werden daher häufig an den Grenzen abgewiesen. Die Anwendung derartiger Handelsbeschränkungen wird durch zwei WTO-Abkommen näher geregelt: das Abkommen über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen (SPS) und das Abkommen über technische Handelsbeschränkungen (TBT). Beider Verhältnis zum Vorsorgeprinzip, das handelsbeschränkende Maßnahmen auch bei wissenschaftlicher Unsicherheit erlaubt, ist aber nicht eindeutig geklärt. So hat die WTO das Vorsorgeprinzip bei drei Streitfällen nicht akzeptiert, darunter das EU-Importverbot für US-amerikanisches Hormonfleisch. Daher fordern Nichtregierungsorganisationen eine eindeutige Verankerung des Vorsorgeprinzips in der WTO. Auch Entwicklungsländer sollten dessen Einhaltung akzeptieren, denn anderenfalls würde das Konsumentenver-

trauen in die Lebensmittelqualität beschädigt, was wiederum auch die Absatzchancen für Agrarexporte mindern könnte.

Dennoch stellen die SPS- und TBT-Bestimmungen eine hohe Hürde für Entwicklungsländer dar. Sie beklagen, dass ihre Partizipation in den relevanten Standardisierungsgremien (u.a. Codex Alimentarius Commission) unzureichend ist und dass die entwickelten Standards inadäquat für ihre Bedürfnisse sind. Ein Bereich, in dem ihnen viele Auflagen gemacht werden, ist die Krankheits- bzw. Seuchenkontrolle. Von steigender Bedeutung ist auch die Einhaltung von Hygienevorschriften bei der Nahrungsmittelverarbeitung. Als besonderes Handicap erweist sich die fehlende gegenseitige Anerkennung von Testverfahren, Inspektionen, Zertifizierungsprozeduren und von nationalen Standards.

Die Rolle transnationaler Konzerne

Der Marktzugang für Exporteure aus dem Süden wird in zunehmendem Maße durch die Marktmacht transnationaler Konzerne (TNK) bestimmt. Gerade im Agrarbereich kontrolliert eine immer geringer werdende Zahl von Großkonzernen die gesamte Kette von der Produktion in den Exportländern bis zum Einzelhandel der Abnehmermärkte.

Für den Absatz sich dynamisch entwickelnder Lebensmittel, wie Obst, Ge-

müse und tropische Getränke, haben die modernen Einzelhandelsketten eine wachsende Bedeutung. Deren Aufkäufer gehen zunehmend dazu über, Produzenten in verschiedenen Regionen über vertikale Kooperationen an sich zu binden, was für die Produzenten jedoch das Risiko einer zu starken Abhängigkeit birgt.

Der sich langsam vollziehende Zollabbau lässt auch restriktive Geschäftspraktiken deutlicher hervortreten. Praktiken wie Monopol- und Kartellbildung, Preisabsprachen, Fusionen und Übernahmen können erhebliche Marktzugangsbeschränkungen für ausländische Anbieter darstellen. Diese Beschränkungen wirken umso stärker, je schwächer die jeweilige nationale Wettbewerbspolitik ausgeprägt ist. In den meisten OECD-Ländern unterliegt der Agrarsektor wettbewerbsrechtlichen Regelungen nur in eingeschränktem Maße. Vor allem konzentrieren sich die Wettbewerbshüter eher auf inländische Wirkungen, denn auf mögliche Marktzutrittsbarrieren für ausländische Anbieter. Auch die WTO kontrolliert lediglich staatliche Handelsunternehmen, während die Praktiken transnationaler Konzerne ausgeblendet bleiben.

Thomas Fritz

Der Autor ist Mitarbeiter der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung, BLUE 21 e.V. und Mitglied der AG Handel. Er ist auch Autor der im Forum erschienenen Studie.

Marktzugangsprobleme für Entwicklungsländer im Agrarsektor

Bis zum Beginn der Uruguay-Runde im Jahre 1986 blieb der Agrarsektor von den Bestimmungen des GATT (*General Agreement on Tariffs and Trade*) größtenteils ausgenommen. Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen waren ebenso zulässig wie Exportsubventionen, variable Einfuhrzölle und interne Subventionen. Der hohe Grad an Protektionismus vor allem in den Industrieländern führte zu der bekannten Überschussproduktion und fallenden Weltmarktpreisen für zahlreiche Güter. Diese Entwicklung bedrohte wiederum

die Einkommensmöglichkeiten großer Teile der ländlichen Bevölkerung in den Entwicklungsländern und zwang viele Bauern zur Aufgabe ihrer Betriebe.

Unter dem Eindruck zahlreicher Handelsstreitigkeiten, vor allem zwischen den USA und der EU, kam es im Jahre 1994 zum Abschluss des Agreement on Agriculture (AoA), durch das die Agrarpolitiken der WTO-Mitglieder reformiert und Verzerrungen im Weltagrarhandel reduziert werden sollten. Ferner wurde festgelegt, dass weitere Liberalisierungsverhandlungen im Jahr 2000 zu beginnen haben.

Diese anstehenden WTO-Verhandlungen bilden auch den Hintergrund der vorliegenden Studie. Im Mittelpunkt steht die

Frage, inwieweit sich die Hoffnung vieler Entwicklungsländer auf erleichterten Marktzugang erfüllt hat bzw. welchen Beschränkungen ihre Agrarexporte auch nach Abschluss der Uruguay-Runde noch unterliegen. Vier Bereiche werden hierzu näher betrachtet: Zollpolitik, Präferenzsysteme, Gesundheits- und Hygienestandards sowie die Rolle transnationaler Konzerne. Für alle Bereiche werden aktuell diskutierte Reformvorschläge genannt und abschließend zu Kernforderungen gebündelt.

56 Seiten, DM 5,-

Bezug: Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Tel.: 0228/359704, Fax: 0228/359096, Email: forumue@compuserve.com



AG Handel:

Bananen, Zucker oder Peanuts?

Alles außer Waffen

Die 48 am wenigsten entwickelten Länder der Welt (LLDC) sollen - wenn es nach der EU-Kommission geht - in Zukunft alle ihre Produkte zollfrei auf den europäischen Märkten anbieten können. Die Europäische Kommission legte dazu im September den Entwurf einer Verordnung vor, nach der sämtliche Zölle und Kontingente auf alle Waren außer Waffen aus diesen Ländern abgeschafft werden sollen. Ausnahmen sind nur bei den „sensiblen Produkten“ Bananen, Reis und Zucker vorgesehen, für die dreijährige Übergangsfristen gelten sollen. Damit wagt die Kommission einen Vorstoß, der bisherige Angebote der mächtigen Nationen USA, Kanada und Japan an die Entwicklungsländer innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) in den Schatten stellt.

Die europäischen Regierungen müssen dem Vorschlag allerdings erst noch zustimmen. Ursprünglich hätte er beim EU-Ratsgipfel in Nizza vom 6.-10. Dezember verabschiedet werden sollen. Der Verordnungsentwurf wird derzeit in den 15 Mitgliedsstaaten diskutiert, und erwartungsgemäß tun sich die Landwirtschaftsministerien einiger Länder schwer mit der Zustimmung. Auch die deutsche Bundesregierung diskutiert derzeit den Vorschlag, und es wurden bereits starke Bedenken

laut, die sich auf die Interessen der deutschen Bauern und Zuckerkonzerne beziehen: Man befürchtet Konkurrenz für die Zuckerrübe, die hoch subventioniert einen so guten Preis in der EU erzielt, dass einige LLDC-Staaten Produktionsanreize erhalten und in einigen Jahren vermehrt Rohrzucker auf europäische Märkte liefern werden.

Ähnlich geht es auch anderen Mitgliedsstaaten bei den „sensiblen Produkten“. Es waren dazu Studien über die Marktauswirkungen von der Kommission in Auftrag gegeben worden, deren Ergebnisse teilweise sogar schon vorliegen, aber noch intern diskutiert werden. Es scheint, als ob bis zum Jahresende nicht mit einer Entscheidung zu rechnen sei. Der nächste Termin mit entsprechendem internationalen Gewicht zu dem die EU ihre Entscheidung dann verkünden könnte, wäre erst die UN-LDC-Konferenz im Mai in Brüssel.

Bedenkt man jedoch, dass das von der Liberalisierung erfasste Handelsvolumen nicht einmal ein Prozent der Gesamtexporte dieser Länder in die EU ausmacht, so sind existentielle Ängste hier fehl am Platze. Es geht bei der Zustimmung zu diesem Vorschlag eher um einen kleinen Schritt, der mehr symbolischen Charakter hat und seit langem überfällig ist. Wenn

Das Projekt Handel nimmt seine Arbeit auf

Was lange währt wird endlich gut...! Nach nunmehr zwei Jahren hat die Idee, ein Projekt beim Forum Umwelt & Entwicklung zu Handel, Umwelt und nachhaltiger Entwicklung einzurichten, endlich Gestalt angenommen. Seit dem 15. Oktober hat das Projekt, das über eine dreijährige Laufzeit vom Umweltbundesamt (UBA) finanziert wird, seine Arbeit in der Forums-Geschäftsstelle aufgenommen. Die Stelle teilen sich Tobias Reichert und Martina Schaub, die jeweils Dienstags bzw. Donnerstags in der Projektstelle erreichbar sind.

Inhaltlich wird das Forschungsprojekt eng mit der AG Handel des Forums zusammenarbeiten und dem Bundesumweltministerium mit Expertise zu Fragen von Handel und Umwelt zur Verfügung stehen. Für das nächste Jahr sind 2 Studien geplant: 1. Zu den Umweltauswirkungen der Liberalisierung des Dienstleistungshandels unter dem entsprechenden WTO-Abkommen (GATS) und 2. zur Multifunktionalität der Landwirtschaft. Außerdem soll im Mai eine Konferenz zu Dienstleistungshandel und Nachhaltigkeit stattfinden.

Für Kontakte und Anfragen:

Martina Schaub, Tobias Reichert
Projektstelle Handel im

Forum Umwelt & Entwicklung

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel: 0228-3681010 (Di & Do);
Fax: 0228-359096; ansonsten unter
0641-2502791 (Tobias Reichert),
0177-5642592 (Handy);
e-mail: handelsprojekt@forumue.de

die EU wirklich Angebote an die Entwicklungsländer machen will, die zu einem Bündnis für die sinnvolle Unterstützung der Landwirtschaft in Nord und Süd und zum Schutz vor der völligen Liberalisierung führen sollen, müssen noch viele Schritte folgen. Noch immer sind zu viele Verpflichtungen den Entwicklungsländern gegenüber nicht erfüllt und die Probleme der internen Transparenz von Entscheidungen innerhalb der WTO nicht gelöst.

Martina Schaub

Die Autorin ist Leiterin der TradeWatch Kampagne bei GERMANWATCH und Koordinatorin der AG Handel.

Der Artikel ist in ähnlicher Form erschienen in der letzten Ausgabe von »punkt.um«

Ausschreibung Praktikum

Bei der Projektstelle Handel

Die Projektstelle Handel arbeitet eng mit der AG Handel des Forums zusammen zu Fragen von internationalem Handel, Umwelt und nachhaltiger Entwicklung. Sie ist ein Forschungsprojekt, das vom Umweltbundesamt gefördert wird.

Für die Vor- und Nachbereitung einer Konferenz zur Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels im April suchen wir ab dem 1.2.2001 für vier Monate eine Praktikantin oder einen Praktikanten.

Wir erwarten:

- Interesse und Kenntnisse in den Bereichen Umwelt, Entwicklung und Ökonomie
- Organisationstalent
- Gute Computerkenntnisse
- Eigenständiges Arbeiten
- Kontaktfreudigkeit

Wir bieten:

- Kreatives und selbständiges Arbeiten
- Verschiedenste Kontaktmöglichkeiten im Bereich von Umwelt- und Entwicklungs-NRO, Wissenschaft und Politik
- Büro mit kompletter Struktur
- Aufwandsentschädigung von monatlich DM 1.000,-

Bewerbungen bitte bis zum 12.1.2001 an: Martina Schaub



AG Wald

Aus Forst werde Wald!

Umweltverbände kritisieren „Nationales Forstprogramm“

Anfang Oktober veröffentlichte das Landwirtschaftsministerium (BMELF) ein 'Nationales Forstprogramm Deutschland'. Nach Aussage des Ministeriums reagiert Deutschland damit auf internationale Verpflichtungen zur Förderung nachhaltiger Waldbewirtschaftung im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung. Das Programm entspricht aber nicht den im Rio-Vertrag definierten Verpflichtungen der Bundesregierung. Zudem bietet es kaum Ansätze zur ökologischen Verbesserung der deutschen Waldpolitik. Mehrere in der AG Wald vertretene Organisationen, darunter der BUND, Greenpeace, Pro REGENWALD und der WWF verweigerten deshalb ihre Zustimmung zu diesem Papier und fordern nun die Regierung dazu auf, den Prozess neu zu starten.

Grundlage für die Erarbeitung Nationaler Waldprogramme (NWP) sind die Handlungsempfehlungen, die 1997 vom Zwischenstaatlichen Waldausschuss der Vereinten Nationen (IPF) verabschiedet wurden. NWP sollen darlegen, wie Staaten mit ihren Wäldern umgehen wollen, so dass heutige und zukünftige Generationen Nutzen aus den Wäldern ziehen können. U.a. sollen darin die Art der Bewirtschaftung und der nachhaltigen Entwicklung von Wäldern sowie die Schutzkonzepte dokumentiert sein.

In Deutschland war das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BMELF) bei der Erarbeitung des Programms federführend. Forschungseinrichtungen, Forstministerien der Länder, Verbände der Waldbesitzer, Forst- und Holzwirtschaft und Umweltorganisationen waren eingeladen, am Prozess teilzunehmen. Auch Vertreter der AG Wald beteiligten sich an dem Prozess, nahmen an Sitzungen teil und erarbeiteten zum Teil recht detaillierte Stellungnahmen.

Das Ministerium stellte die Weichen von Anfang an in Richtung Forst- und Holzwirtschaft. Obwohl im Originaltext der IPF-Empfehlungen unter dem Kapitel *National Forest Programmes* der Begriff Forstwirtschaft kein einziges Mal, und der



Begriff Holz nur unter 'Nicht-Holz-Produkte' erwähnt wird, übersetzten Ministeriumsmitarbeiter den Begriff standesgemäß mit 'Nationales Forstprogramm' (die richtige Übersetzung lautet 'Waldprogramm'). So war es auch nicht verwunderlich, dass der Inhalt des Programms fast ausschließlich forst- und holzwirtschaftlichen Interessen untergeordnet wurde.

Eingeschränkter Ansatz...

Um die Vorgaben des IPF zu erfüllen, hätte man alle betroffenen und am Thema interessierten Gruppierungen an einen Tisch bringen und zur aktiven Mitarbeit anregen müssen - insbesondere die verschiedenen Ressorts der Regierung wie z.B. Wirtschaft/Handel, Umwelt und Entwicklung. Außerdem hätten auch die Auswirkungen unseres Handelns auf Wälder in anderen Ländern erörtert werden müssen - wie z.B. beim Thema Papierverbrauch oder dem illegalen Holz-

handel. Nicht zuletzt sollen Nationale Waldprogramme auch konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten und ihre Umsetzung fördern, überwachen und evaluieren. Dazu kam es aber nicht, denn offensichtlich fehlte sowohl dem BMELF als auch den anderen beteiligten Ministerien eine entsprechende politische Zielvorgabe. So beschränkte sich das BMELF auf einen recht unverbindlichen und lockeren Umgang mit dem Prozess.

Die Erarbeitung einer Geschäftsordnung wurde abgelehnt, mit der Folge, dass bis zum Abschluss niemand genau wusste, worum es ging. Verfügbare Fachliteratur und Gutachten zu strittigen oder schwierigen Fragen wurden nicht genutzt. Das Ministerium gab Gutachten in Auftrag, ohne dass

die Teilnehmer, unter ihnen die Umweltverbände, auf Zielsetzung und Themenwahl Einfluss hatten. Wiederholte Aufforderungen von Umweltverbänden und anderer Akteure, wenigstens den Namen und insbesondere den Charakter des Prozesses zu korrigieren (Waldprogramm statt Forstprogramm, ganzheitlicher, intersektoraler Ansatz) wurden ignoriert. Selbst die Einladung an die Umweltverbände, eigene Diskussionsbeiträge beizusteuern, geriet zur Farce. Mehrere detaillierte und konstruktive Fachbeiträge wurden nicht berücksichtigt.

Enttäuschend war auch der Widerstand gegen die Einrichtung von Waldschutzgebieten und gegen Verbesserungen zum Schutz der biologischen Vielfalt. Statt eines von vielen Wissenschaftlern und Umweltverbänden empfohlenen Flächenanteils von 5-15% sind in Deutschland weniger als 1% des Waldes als Totalschutzgebiete ausgewiesen. Dies ist ein - auch im internationalen Vergleich - beschämend



geringer Wert. Dass die konventionelle Forstwirtschaft selbst erheblich zur Bedrohung der Artenvielfalt beiträgt, wird in dem Papier ganz verschwiegen.

... und falsche Weichenstellungen

Ganz im Gegenteil: Das NFP zeichnet ein buntes Bild von der ökologischen Vielfalt im deutschen Forst. Da wird der Wald als letztes Refugium von Arten beschrieben, deren Habitate außerhalb des Waldes stark beeinträchtigt worden sind. Offen bleibt, um welche Arten es sich hierbei handeln soll (der Große Brachvogel kann damit ja nicht gemeint sein). Eine stilistisch gewandte Beschreibung deutscher Altersklassenwälder und Nadelholzplantagen findet sich an anderer Stelle: „Der durch die Bewirtschaftung geförderte, örtliche und zeitliche Wandel der Waldbestände nach Alter und Baumarten mit unterschiedlichen Klima-, Standort- und Lichtverhältnissen bewirkt ein eng verzahntes Netz von verschiedenartigen Lebensräumen.“

Nun ist der deutsche Forst zwar nicht mit den riesigen, monotonen Eukalyptusplantagen zu vergleichen, denn selbst unsere Fichten- und Kiefernforste sind im Vergleich dazu relativ kleinflächig und weitaus langlebigere Bestände. Eine konsequente Analyse und sachliche Darstellung der Probleme unserer Forstwirtschaft wäre aber eine wichtige Voraussetzung für Verbesserungen. Es geht auch nicht um Schuldzuweisungen an frühere Förstergenerationen, denn viele Nadelholzforsten wurden zu Zeiten angelegt, in denen Holzversorgung und Wiederaufforstung großer Kahlfelder als Priorität galten. Doch das Schönreden dieser Fehler ist wenig hilfreich, wenn es um die verstärkte Umsetzung von Waldumbauprogrammen (hin zu mehr Laub- und Mischwäldern) geht, die seit einigen Jahrzehnten in praktisch allen Bundesländern angegangen sind.

Das BMELF war mit der Aufgabe, einen offenen und partnerschaftlichen Diskussionsprozess im Geiste von Rio zu gestalten, völlig überfordert. Auf der Abschlusssitzung wurde das Programm schließlich zum Papiertiger erklärt. In der Einführung des NFP-Deutschland heißt es dazu: „Ein Nationales Forstprogramm ist kein operationales, fachpolitisches Programm im engeren Sinne. Vielmehr wird hierunter ein fortdauernder Dialogprozess verstanden,

Die zwei Gesichter deutscher Forstwirtschaft

„In jahrhundertelanger Bewirtschaftung entstand die Vielfalt der heutigen Wälder. Den verschiedenen Tieren und Pflanzen im Wald steht damit ein buntes Mosaik an Lebensräumen zur Verfügung. Wälder sind daher wertvolle ökologische Ausgleichsräume in unseren dicht besiedelten, intensiv genutzten Landschaften.“

Aus dem Faltblatt: „Naturnahe Forstwirtschaft im Einklang mit der Natur“, herausgegeben vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Dezember 1996.

„Die jahrhundertelange Bewirtschaftung der Wälder hat zu erheblichen Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen sowie dem natürlichen Zustand geführt, zumal Baumarten, die auf den nährstoffarmen Standorten natürlich vorkommen, aber wirtschaftlich uninteressant sind, durch forstliche Maßnahmen regelmäßig entfernt wurden.“

Quelle: Holz-Zentralblatt vom 31. Mai 1999: Zitat aus dem Urteil des 3. Senates des Oberverwaltungsgericht Lüneburg, das am 22. März 1999 die Verordnung zur Bildung des Nationalparks Elbtal-See für nichtig erklärte. Es beschreibt den Zustand der dort angelegten Kiefernforste.

der eine Basis für einen gesellschaftlichen Konsens zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung bereiten kann.“ Diese Definition entspricht keineswegs den Vorgaben des IPF. Wäre sie den TeilnehmerInnen zu Beginn eines Prozesses vorgeschlagen worden, dessen Durchführung immerhin neun Runde Tische (zum Teil zweitägige Veranstaltungen) innerhalb eines knappen Jahres in Anspruch nahm - hätte man sich den immensen Aufwand gleich sparen können, denn Nationale Waldprogramme sollen keine unverbindlichen Gesprächsrunden sein. Als Konsequenz verweigerten einige Umweltverbände dem Papier ihre Zustimmung und forderten das BMELF dazu auf, ihre Namen aus der Teilnehmerliste zu streichen.

Wie geht es weiter?

Der Prozess soll im kommenden Jahr fortgeführt werden, um weitere Themen zu behandeln. In der Art und Weise, wie der Prozess bisher moderiert wurde, macht auch dies für den Wald wenig Sinn. Einige in der AG Wald vertretenen Umweltverbände werden daher auf eine Teilnahme an weiteren Veranstaltungen verzichten, solange die grundlegenden Probleme nicht abgestellt werden. Gefordert wird ein Neustart des Prozesses zur Erarbeitung eines Nationalen Waldprogramms, das den IPF-Vorgaben gerecht wird. Ein NWP muss einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen und die relevanten Ressorts der Regierung müssen sich zur Teilnahme und Umsetzung verpflichten. Das Programm sollte außerdem in eine

Nationale Nachhaltigkeitsstrategie integriert sein oder werden. Nicht zuletzt muss ein solches Vorhaben zu spürbaren Verbesserungen der Waldbewirtschaftung führen und wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte gleichberechtigt behandeln, so wie es übrigens das deutsche Waldgesetz schon lange vorschreibt.

Der Zwischenstaatliche Waldausschuss (*Intergovernmental Panel on Forests*, IPF) wurde im Jahre 1995 gegründet, um die Beschlüsse der Rio-Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Bezug auf die Waldbewirtschaftung besser umsetzen zu können. 1997 legte der IPF ein von der internationalen Gemeinschaft verhandeltes Aktionspaket vor. Die IPF-Handlungsempfehlungen beinhalten neben der Erarbeitung nationaler Waldprogramme auch Vorschläge zur Bekämpfung der Ursachen von Waldzerstörung, die Beachtung traditioneller Waldnutzungskonzepte, Maßnahmen gegen Luftverschmutzung und Wüstenbildung. Als Nachfolger des IPF wurde 1997 das Zwischenstaatliche Waldforum (*Intergovernmental Forum on Forests*, IFF) eingerichtet, dessen Arbeit seit diesem Jahr vom Waldforum der Vereinten Nationen (*United Nations Forum on Forests*, UNFF) fortgesetzt werden soll. Das Landwirtschaftsministerium vertritt auf den UN-Sitzungen zu Wald die Interessen und Positionen der Bundesregierung.

László Maráz

Der Autor ist Mitarbeiter bei Pro REGENWALD und Koordinator der AG Wald.



Neoliberales Wirtschaftsmodell verschärft globale Probleme

Zivilgesellschaft sieht Notwendigkeit eines grundsätzlichen Politikwechsels

Vom 18.-20. Oktober fand in Bonn die Konferenz von Debate 21 über Nachhaltigkeit in globalem Handel, Klimapolitik und internationalen Finanzmärkten und -institutionen statt. Im Internationalen Jugendforum CJD und im Studio der Beethovenhalle diskutierten mehr als 200 Experten von Nichtregierungsorganisationen (NRO), Wissenschaftler und interessierte Öffentlichkeit über Zukunftsfähigkeit und Möglichkeiten zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Die Konferenz bildete den Höhepunkt des zweijährigen Dialogprojektes, das gemeinsam von GERMANWATCH und WEED organisiert wurde.

Bei den TeilnehmerInnen aus fünf Kontinenten bestand weitgehend Einigkeit, dass es für eine zukunftsfähige Entwicklung der Welt eines grundsätzlichen Politikwechsels bedürfe. „Weder der zunehmende Abstand zwischen arm und reich, die Unterernährung eines Siebtels der Weltbevölkerung, noch der katastrophale Klimawandel sind mit der gegenwärtigen Politik in den Griff zu bekommen“, sagte Tetteh Hormeku von ‚Third World Network‘ (TWN), Ghana. Zeichen der Krise seien die enorme Instabilität der Finanzmärkte und der Vertrauensverlust in Institutionen, wie die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Welthandelsorganisation (WTO), so Hormeku.

Auch die Vereinten Nationen sind nach Ansicht vieler Teilnehmer in ihrer jetzigen Verfassung mit dieser Aufgabe völlig überfordert. Das System der UN sei unverändert schwach und könne nur mit großer Verzögerung und völlig unzureichend auf die globalen Probleme reagieren, erklärte ein Konferenzteilnehmer aus dem Süden.

Handel, Klima und Finanzen

Wie schon das zweijährige Dialogprojekt „Debate 21“ selbst, nahm auch die

Konferenz die drei Kernthemen der internationalen Verhandlungsagenda genauer unter die Lupe der Nachhaltigkeit: Zukunftsfähiger Welthandel, Internationale Klimapolitik und Internationale Finanzmärkte. Besonders intensiv wurde dabei in den entsprechenden Workshops diskutiert, die in den ersten beiden Tagen angesetzt waren.

Für den Handelsbereich bestand Übereinstimmung, dass auch nach den gescheiterten WTO-Verhandlungen in Seattle im letzten Jahr eine neue Verhandlungsrunde mit neuen Themen und erweiterten Kompetenzen für die WTO abzulehnen ist. Das internationale Handelssystem sei von der WTO zu Lasten der Entwicklungsländer liberalisiert worden, sagte Rainer Engels, Geschäftsführer von GERMANWATCH. Während die Auswirkungen der letzten Verhandlungsrunde noch längst nicht verdaut sind, versuchen die Industrieländer, weitere Themen wie Investitionen, Wettbewerbsrecht, Biotechnologie und Sozialstandards der Regelungsgewalt der WTO zu unterstellen. Die NRO sprechen sich dagegen für eine Reduzierung des Einflusses und der Regelungsfülle der WTO aus.

Beim Thema Internationales Finanzsystem waren sich die an der Konferenz beteiligten Organisationen einig, dass der wachsende Einfluss der Finanzmärkte auf Politik und Gesellschaft zu einer gefährlichen Aushöhlung der Demokratie führt. Notwendig sei, dass die Politik die „Kontrolle über die entfesselten Märkte zurückgewinnt“, sagte Peter Wahl, Vorstandsmitglied von WEED. Dazu sei der intelligente Mix von Maßnahmen, wie die Einführung einer Spekulationssteuer, der sogenannten Tobin Tax, Kapitalverkehrskontrollen, die Neutralisierung von Steuerparadiesen und Off-Shore-Bankenzentren sowie eine Verbesserung der Bankenaufsicht notwendig. Vor einer Privatisierung öffentlicher Sozialsysteme und deren Finanzierung auf den Kapitalmärkten hingegen warnen die Experten. Sie fürchten, dass die Krisenanfälligkeit der

Finanzmärkte langfristig keine soziale Sicherheit gewährleisten.

In der Klimaschutzpolitik stehen zur Zeit Entscheidungen an, von denen der „Erfolg oder Misserfolg der gesamten UN-Klimaverhandlungen abhängt,“ erklärte Umweltexpertin Heidi Feldt. In den Verhandlungen komme es darauf an, Schlupflöcher wie die Berücksichtigung von Aufforstungen oder Atomkraft als Klimaschutzmaßnahmen zu schließen. Es ist notwendig, dass möglichst viele Staaten das Kyoto-Protokoll als wirkliches Klimaschutzinstrument gestalten und dann ratifizieren damit weltweit CO₂-Emissionen auf allen Ebenen reduziert werden.

Was kommt danach?

Die Veranstalter werten die Konferenz als wichtigen Beitrag, die Handlungsfähigkeit der internationalen Zivilgesellschaft zu stärken und mit Sachkompetenz auf staatliche und internationale Entscheidungsprozesse einwirken zu können. Der zivilgesellschaftliche Dialog wird fortgesetzt.

Über den Dialogprozess und den Verlauf der Konferenz wird eine ausführliche Publikation erstellt werden. Sie wird die Redebeiträge sowie die Diskussion in Auszügen beinhalten. Des Weiteren werden die Themen des Dialogprozesses in den gewachsenen Netzwerkstrukturen weiterentwickelt. Das Projekt Debate 21 hat bisher einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, die inhaltliche Diskussion in den Bereichen Handel, Finanzinstitutionen und Klimapolitik zu bereichern sowie die Kommunikationsstrukturen der globalen Zivilgesellschaft zu verbessern.

Monika Brinkmüller, Stefan Rostock

Autorin und Autor arbeiten für das Dialogprojekt Debate21; Kontakt: Kaiserstr. 201; 53113 Bonn; Tel.: 0228 - 965 24 26; Email: debate21@debate21.org; Internet: www.debate21.org.

KONTAKT: DEBATE 21, RAINER HAUCK, STEFAN ROSTOCK, KAISERSTR. 201, D-53113 BONN, GERMANY, Tel.: +49/228/96524-26/-27, Fax: +49/228/96524-28, debate21@debate21.org, www.debate21.org



Europa braucht eine nachhaltige Tourismusstrategie

Verbände übermitteln ein Memorandum an die EU-Kommission

Zwölf europäische Umwelt- und Tourismusverbände übermitteln ein Memorandum für eine europäische nachhaltige Tourismusstrategie an die Europäische Kommission und die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten.

Die Welttourismusorganisation schätzt, dass sich die Tourismusankünfte in Europa bis 2020 von 360 auf 720 Millionen verdoppeln werden. Wenn Europa nicht rasch eine gemeinsame nachhaltige Tourismuspolitik aufbaut, wird sich dieser Trend negativ auf die Umwelt und die Bevölkerung Europas auswirken und sogar mittelfristig die Tourismusdestination Europa in Frage stellen.

Schon heute liegt der Anteil von Tourismus und Freizeit am Verkehrsaufkommen Europas bei etwa 50%. Bekannte Tourismusdestinationen an den Küsten oder in den Alpen ersticken nicht nur längst im Verkehr, auch gänzlich unbeteiligte Anrainer an Europas Durchzugsstraßen leiden an den schädlichen Emissionen der Kraftfahrzeuge. Mehr als 60% der Touristen reisen mit dem Privat-PKW in den Urlaub. Der Anteil der Bahn sinkt von Jahr zu Jahr und beträgt derzeit nur mehr 15%. Dafür steigt der Anteil des Flugverkehrs mit rasanter Geschwindigkeit. Aber es sind nicht die Langstreckenflüge, die so sehr ins Gewicht fallen, sondern die Kurzflüge innerhalb Europas. Schon 80% aller von Amsterdam ausgehenden Flüge betreffen Flugdistanzen unter 800 km. Damit trägt der Tourismus in hohem Maße auch zum globalen Treibhauseffekt bei.

□ Viele Tourismusdestinationen setzen auf Event- und Erlebnistourismus, der besonders verkehrsintensiv ist. Seit Jahren sinkt daher die durchschnittliche Aufenthaltsdauer, und es steigt die Zahl der Kurz- und Wochenendurlaube.

□ Einige der bekannten Tourismusdestinationen an den Küsten, auf den Inseln des Mittelmeers oder in den Alpen zeigen deutliche Anzeichen einer Überlastung durch zu viel Tourismus: Wasserknappheit, Meeresverschmutzung, vermehrte Muren- und Lawinenabgänge durch den Rückgang der Bewaldung und der Bewirtschaftung.

Die Attraktivität des europäischen Tourismus beruht auf einmaligen Naturlandschaften in Verbindung mit einer reichhal-

tigen Kultur. Der Tourismussektor ist in hohem Maße auf eine Nachhaltige Entwicklung angewiesen: die Erhaltung einer intakten Umwelt, die Förderung einer regionalen Kultur und eine positive Lebensqualität für die Bewohner der Tourismusregionen. Tourismus wird in Europa zu Unrecht als eine rein lokale Angelegenheit betrachtet, weshalb die Tourismuskompetenzen zumeist unterhalb der Ebene der Mitgliedsstaaten der EU angesiedelt sind. Angebot und Nachfrage sind jedoch auf verschiedene Staaten verteilt, und es sind durch den touristischen Verkehr immer mehr unbeteiligte Regionen und Gemeinden betroffen. Die zwölf Verbände fordern daher die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auf, so rasch wie möglich eine gemeinsame umfassende Strategie für Tourismus und Nachhaltigkeit zu entwickeln und umzusetzen.

Diese Strategie muss im Schwerpunkt zumindest folgende Bereiche umfassen:

- Rückverlagerung des PKW-Verkehrs hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln.
- durch an Fahr-Kilometer gekoppelte Abgaben für die Straßenbenutzung (wobei Pendler für den Arbeitsweg sowie Familien und Bewohner ländlicher Gemeinden für Einkaufsfahrten und Transporte befreit sein müssen);
- durch erhöhte Lande- und Startgebühren für Kurzstreckenflüge unter 800 km und eine Aufhebung der Steuerbefreiung von Kerosin;
- durch eine koordinierte europäische Parkgebührenverordnung für Tourismusorte bzw. die Verpflichtung der Betreiber von touristischer Infrastruktur, zur Einrichtung eines öffentlichen Verkehrs vor Ort beizutragen;
- durch den Aufbau durchgehender Gepäcktransporte bei der Bahn und innovativer Mobilitätslösungen in den Tourismusorten.
- Bessere Koordination der Ferienzeiten auf europäischer Ebene.
- Anreize für längere Aufenthalte in den Feriengebieten, z.B. durch ermäßigte Mehrwertsteuer auf Nächtigungen länger als eine Woche.
- Koordination der Vorgaben für die Raumordnung in Tourismuszielen.
- Eine europaweite Infrastrukturabgabe für Tourismuseinrichtungen außerhalb des Ortsgebiets mit mehr als 100 Betten

- oder 100.000 Besuchern pro Jahr;
- Bindung des weiteren Ausbaus von Ferieneinrichtungen an die Verfügbarkeit von Wasser bzw. Kapazität der Entsorgungseinrichtungen;
- Verpflichtung, ökologisch wertvolle Flächen und Räume des Gemeindegebiets von touristischen Erschließungen freizuhalten bzw. als Ruhezone oder Schutzzone zu definieren;
- Tourismuseinrichtungen nur mehr dann zu fördern, wenn sie dem Konzept einer kompakten Destination entsprechen (kurze Wege, Anschluß an öffentliches Verkehrsnetz);
- Die Harmonisierung bzw. Erhöhung der Steuern auf Zweitwohnungen.
- Ein europaweites Verbot von motorisierten Aktivitäten in der Natur bzw. in sensiblen und gefährdeten Gebieten.

Der Tourismus war zu Recht ein wesentliches Aktionsfeld im 5. Umweltaktionsprogramm der EU, welches 1999 ausgeführt ist. Die Überprüfung des Programms hat jedoch ergeben, dass nur bescheidene Erfolge erzielt wurden, die Ziele kaum umgesetzt werden konnten oder von den Entwicklungen überholt wurden. Der Europäische Gipfel in Helsinki im Dezember 1999 hat an die EU-Kommission und den Ministerrat den Auftrag gegeben, eine Gemeinschaftsstrategie für Nachhaltige Entwicklung bis 2001 vorzubereiten. Diese Strategie soll auch ein Beitrag der EU zum Weltgipfel Rio+10 im Jahr 2002 sein. Der Tourismus muss eine wesentliche Rolle in dieser europäischen Nachhaltigkeitsstrategie erfüllen.

In dem Memorandum für eine europäische nachhaltige Tourismusstrategie fordern die zwölf Verbände die Europäische Kommission und die Mitgliedsstaaten auf, die Führungsrolle für die Sicherung der Nachhaltigkeit im Bereich des Tourismus zu übernehmen und dieses Ziel durch europäische und nationale Maßnahmen und Instrumente zu sichern.

Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung (akte), CIPRA International, Climate Network Europe (CNE), European Cyclists' Federation (ECF), European Environmental Bureau (EEB), European Federation for Transport and Environment (T&E), Friends of the Earth Europe (FOE), International Friends of Nature (IFN), Mediterranean Information Office for Environment, Culture and Sustainable Development (MIO-ECSD), Ökologischer Tourismus in Europa (Ö.T.E.), respect - Austrian Centre for Tourism & Development, TOURISM WATCH
Bei Rückfragen wenden Sie sich an: Manfred Pils;
Telefon: +43 664 358 33 92; Manfred.Pils@A1plus.at



Politik mit dem Kochtopf

Neues Qualitätsbewusstsein in unserem Ernährungsverhalten

Noch vor 50 Jahren bedeutete „gut essen“, genügend und einigermaßen abwechslungsreich zu essen. Heute können hierzulande die meisten zu jedem Zeitpunkt essen so viel und vor allem was sie wollen. Gleichzeitig ist der Anteil unseres Einkommens, den wir für unsere Verpflegung ausgeben, so gering wie noch nie. Dass unsere Lebensmittel so billig sind, verdanken wir auf der einen Seite der industriellen Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie. Auf der anderen Seite wird die billige Nahrung durch ein Wirtschaftssystem ermöglicht, das die Ausbeutung von Menschen und natürlicher Ressourcen nicht in Rechnung stellt. Mit dem Projekt Mahlzeit will „Brot für die Welt“ ein neues Qualitätsbewusstsein fördern. Qualität bedeutet nicht nur, dass Lebensmittel gesund sind und gut schmecken, sondern auch, dass beim Anbau und der Weiterverarbeitung soziale und ökologische Mindeststandards berücksichtigt werden.

Ein Griff ins Regal und die Welt liegt im Einkaufswagen: Ein Päckchen Tee aus Sri Lanka, ein Karton frische Pfifferlinge aus russischen Wäldern, ein Korb Erdbeeren aus Kenia, eine Dose Bambussprossen aus Indonesien und tiefgefrorene Shrimps aus Indien. Rund 40.000 Produkte sind im Supermarkt gelistet. Die wenigsten davon werden ausschließlich in Deutschland produziert und weiterverarbeitet. Das Agrobusiness garantiert uns eine riesige Auswahl an Nahrungsmitteln aus aller Welt - und das zu Tiefpreisen. Vermarktungschancen haben nur die Produkte, die billig produziert werden können.

Die Lebensmittelkandale der letzten Jahre haben den Verbrauchern jedoch auch vor Augen geführt, wie anfällig für Manipulationen das System der industriellen Erzeugung von Nahrungsmitteln ist. Dioxin in Eiern, Hormone im Schweinefleisch, Schwermetalle im Tee: Wenn ein einziger Großbetrieb, ob Hersteller oder

Importeur, vorsätzlich oder fahrlässig schlampft, kann das fatale Folgen für unsere Gesundheit haben. Zwar müssen die Hersteller aufgrund der Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln Auskunft darüber geben, welche Stoffe in einem Produkt enthalten sind. Aber wollten die Hersteller wirklich alle Stoffe ausweisen und alle Verarbeitungsstufen angeben, die ein Lebensmittel irgendwo auf der Welt durchlaufen hat, würde das Etikett bei den meisten Produkten wohl nicht mehr auf die Verpackung passen.

Aus fernen Ländern frisch auf den Tisch

Der Transport von Lebensmitteln rund um den Globus und die aufwendige Weiterverarbeitung von Lebensmitteln verbrauchen viel Energie und Umwelt. Ein chilenischer Apfel beispielsweise reist mehr als 10.000 Kilometer, bevor er in unserer Obstschale landet. Die Exportfrüchte werden meist in Monokultur auf riesigen Plantagen kultiviert, was einen vergleichsweise hohen Einsatz von Dünger und Pestiziden erfordert. Außerdem werden nur die Sorten angebaut, die hohe Erträge abwerfen. Die Beschränkung auf wenige Hochleistungssorten reduziert aber auf absehbare Zeit die Artenvielfalt und beeinträchtigt die Stabilität des Ökosystems.

Als der damalige US-Außenminister Kissinger 1974 auf der Welternährungskonferenz der FAO die Erwartung formulierte, dass „in zehn Jahren kein Mann, keine Frau und kein Kind mehr hungrig zu Bett gehen muss“, war er davon überzeugt, dass das Wachstum der Nahrungsmittelproduktion mit dem Wachstum der Weltbevölkerung Schritt halten müsse. Statistisch gesehen hätte er Recht: Heute wird

weltweit so viel produziert, dass jedem Erdenbürger ausreichend Kalorien und genügend Proteine zur Verfügung stehen könnten. Niemand müsste mehr hungern. Trotzdem ist weiterhin jeder sechste Mensch unterernährt.

Hunger ist vielmehr die Folge von ungerechten Strukturen und ungerechter Verteilung. Denn paradoxerweise leben drei Viertel aller Hungernden dort, wo die Nahrung angebaut wird: auf dem Land. In Guatemala schufteten Männer, Frauen und Kinder für ein paar Mark am Tag bei der Kaffeeernte, in Sri Lanka auf einer Teeplantage, in Kenia beim Erdbeer-

Quinua: das Wunderkorn der Inkas

Im Andenhochland von Bolivien ist fruchtbares Ackerland rar. Je nach Klima werden dort Kartoffeln, Mais, Weizen, Gerste, Gemüse, Obst und Quinua angebaut. Vor allem in den Hanglagen ist der Anbau weitgehend harte Handarbeit und die Erträge sind gering. Dort, wo nicht mehr viele Pflanzen wachsen, gedeiht die Quinua. Sie sieht ähnlich aus wie Hirse und ist aufgrund ihrer Eiweiß- und Fettzusammensetzung ein sehr gesundes Nahrungsmittel. Deshalb wird sie auch „Wunderkorn der Inkas“ genannt. Sie kann statt Reis und überall da, wo man sonst Getreide benutzt, verwendet werden: in Suppen, in Süßspeisen, in Kuchen und Keksen. Da Quinua frei von Gluten ist und einen hohen Anteil an Eiweiß, essentiellen Aminosäuren und Mineralstoffen enthält, ist sie besonders für vegetarische Gerichte und Diätkost geeignet.

Seit große Mengen an subventioniertem billigen Weizenmehl aus Europa und den USA die lokalen Märkte in Bolivien erreichten, verfiel der Preis der traditionellen Grundnahrungsmittel wie etwa der Quinua. Die Bäuerinnen und Bauern konnten ihre Überschüsse nur schwer auf den lokalen Märkten vermarkten. Außerdem raubte die Erosion den Bauern mehr und mehr Ackerflächen. Mit der Förderung des Öko-Landbaus konnte das von „Brot für die Welt“ geförderte „Zentrum für Ausbildung und integrierte Entwicklung in der bäuerlichen Landwirtschaft“ (CEDICA) die Landflucht stoppen. Durch die Aufwertung traditioneller, angepasster Anbautechniken und die intensive Beratung in nachhaltigen Anbauverfahren gewannen die Bauern ökologisch stark gefährdete Flächen wieder zurück. Außerdem eröffnete ihnen der Ökolandbau neue Möglichkeiten der Vermarktung. Durch den Verkauf von biologisch angebaute Quinua über die Strukturen des fairen Handels können die Produzenten beispielsweise bis zu 50% höhere Preise erzielen.



Schnecken statt Schokolade

Das wirtschaftliche Rückgrat von Ghana ist die Landwirtschaft. Das westafrikanische Land war einst der weltweit wichtigste Erzeuger von Kakao. Aber auch heute noch beanspruchen die Exportprodukte - neben Kakao auch Kaffee, Tabak und Palmöl - einen Großteil der ertragreichen landwirtschaftlichen Nutzflächen. Daneben bauen die Familien auf dem Land auf kleinen Parzellen Bananen, Getreide und Gemüse für den Eigenbedarf an. Durch die notwendige intensive Bewirtschaftung sind die Böden ausgelaugt und die Erträge gehen zurück. Um die Ernährung der Landbevölkerung längerfristig zu sichern und den Lebensstandard der Kleinbauern zu verbessern, unterstützen „Brot für die Welt“ und die Evangelisch-Presbyterianische Kirche Ghanas ein Dorfberatungsprogramm in der Provinz Ho. Mit Krediten, Beratung im Hinblick auf umweltgerechte Anbauverfahren in der Land- und Forstwirtschaft und Informationen zu einer ausgewogenen Ernährung soll langfristig der karge Speiseplan der Familien verbessert werden. So konnte zum Beispiel erreicht werden, dass ein traditionelles Nahrungsmittel - eine würzige, protein- und vitaminreiche Schnecke, die auf verschiedene Arten schmackhaft zubereitet werden kann - wieder häufiger verfügbar wird. Der natürliche Lebensraum dieser Schnecken ist unter anderem durch den Einsatz von Pestiziden in der exportorientierten Landwirtschaft stark bedroht. Die Landwirtschaftsbereiter haben nun ein Verfahren entwickelt, wie die Bäuerinnen die Schnecken zuhause züchten und mästen können. Wer einen solchen Schneckenkäfig errichtet, hat nicht nur ausreichend proteinhaltige Nahrung, sondern kann durch den Verkauf von Schnecken auf dem lokalen Markt noch zusätzliches Einkommen erzielen.

pflücken. Die Verbreitung neuer, noch effektiverer Agrartechniken ohne durchgreifende soziale Reformen in den Entwicklungsländern und ohne eine gerechte Verteilung des Wohlstandes zwischen Nord und Süd kann den Hunger nicht besiegen, sondern wird ungerechte Verhältnisse eher zementieren.

Nicht nur öko muss es sein...

Die Frage, ob die ökologische Landwirtschaft alle Menschen dieser Welt satt machen könnte, wird heftig diskutiert. Eine generelle Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft, hier wie in Entwicklungsländern, dürfte langfristig aber unabwendbar sein, um die fortschreitende Zerstörung der natürlichen Ressourcen aufzuhalten. Wie die zentrale Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft im Mai dieses Jahr berichtete, rechneten Wissenschaftler von der Universität Wageningen/Niederlande und Essex/Großbritannien vor, dass eine flächendeckende Umstellung der Landwirtschaft auf eine ökologische Anbauweise in den Entwicklungsländern Ertragssteigerungen um 300% bringen könnte, während in Europa mit einem Ertragsrückgang um 20% zu rechnen wäre. Viele erfolgreiche Öko-Projekte von Kleinbauerngenossenschaften in Afrika, Asien und Lateinamerika zeigen jetzt schon, dass der Ökolandbau gerade den benachteiligten Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern eine ökonomische Perspektive bieten kann.

Vor allem in Regionen, in denen aufgrund einer ungünstigen natürlichen oder wirtschaftlichen Ausgangslage die Intensität in der Landwirtschaft relativ niedrig ist, kann die ökologische Landwirtschaft mit der konventionellen Landwirtschaft mithalten: Einmal ist der Ökolandbau aufgrund der höheren Verkaufspreise profitabler als Erzeugnisse aus konventionellem Anbau. Zum anderen wird das Risiko eines Ernteausfalls durch die Vielfalt der angebotenen Produkte kleiner.

Entwicklungspolitisch nicht akzeptabel sind Produkte von Plantagen und von Großgrundbesitzern, wenn sie zwar ökologisch, aber ohne soziales Engagement erzeugt wurden. Der faire Handel garantiert den bäuerlichen Kleinproduzenten einen höheren Preis und langfristige, partnerschaftliche Handelsbeziehungen. Darüber hinaus stammt ein großer Anteil der Wa-

ren des fairen Handels aus umweltverträglichem oder kontrolliert biologischem Anbau. Die fair gehandelten Waren, neben Kaffee, Tee, Bananen und Süßigkeiten auch eine Vielzahl von Gewürzen, sind entweder im Weltladen oder mit dem Transfair-Siegel ausgezeichnet, in Supermärkten oder über den Großhandel erhältlich.

Die Aktion Mahlzeit will Großverbraucher und Konsumentinnen auf den Zusammenhang zwischen unseren Ernährungsgewohnheiten und Problemen der Ernährungssicherung hinweisen, doch keinesfalls den Appetit verderben. Mit einer Veränderung unserer Essgewohnheiten können wir alle Schritt für Schritt dazu beitragen, Hunger zu bekämpfen und Umwelterstörung zu vermindern ...und dabei den Geschmack von biologisch produzierten und fair gehandelten Produkten entdecken.

Bettina Lutterbeck

Informationen zum Projekt Mahlzeit

Mit der Kampagne Mahlzeit möchte „Brot für die Welt“ auf die Zusammenhänge zwischen unseren Essgewohnheiten und dem Problem der Ernährungssicherung in Entwicklungsländern aufmerksam machen. In einem ersten Schritt sollen vor allem Multiplikatoren aus Großküchen, Kantinen und Gastronomie dafür gewonnen werden, mehr ökologisch angebaute und fair gehandelte Produkte in ihren Küchen einzusetzen.

Kantinen oder Gastronomiebetriebe können beispielsweise Aktionswochen durchführen, bei denen fair gehandelte, regionale bzw. ökologisch hergestellte Produkte angeboten werden. Für die begleitende Öffentlichkeitsarbeit stellt „Brot für die Welt“ verschiedene Materialien zur Verfügung, die auf der Internetseite angefordert werden können, wie z.B.:

- Rezeptkalender und Rezeptsammlung,
- Hintergrundinformationen, Broschüren etc.
- eine Baumwolltragetasche
- Plakate, Postkarten und Aufkleber.

Zudem wird ein Servicetelefon eingerichtet, bei dem sich interessierte Küchenleiterinnen oder Multiplikatoren über die Möglichkeiten der Teilnahme an dem Projekt informieren können.

Weitere Informationen:-Projektstelle Mahlzeit, FAKT, Franziska Krisch, Gänsehaidstr. 43, 70184 Stuttgart, Telefon: 0711 / 21095 25, Fax: 0711 / 21095-55.

Zahlreiche Informationen finden sich auch auf der Homepage: www.projekt-mahlzeit.de.



Rezept für den **Dezember**

Wintereintopf mit Pastinaken

500 g Siedfleisch in reichlich **Wasser** aufkochen. Den Schaum abschöpfen und auf kleiner Flamme köcheln (ca. 1,5 h), mit **Salz** und **Pfeffer** würzen, dann herausnehmen. **1/4 Sellerieknolle**, **2-3 Pastinaken** oder Petersilienwurzeln, **2-3 Möhren**, **1/2 Wirsing**, **7 faustgroße Kartoffeln** und schließlich **1 Stange Lauch** und **1 Bund Blattpetersilie** nach und nach kleingeschnitten in die Brühe geben. Zum Schluss das gewürfelte Siedfleisch zugeben und mit **Muskat** abschmecken.

Wunderbare Winterwurzel

In aller Munde im Feinschmecker-Land Frankreich: die Pastinake. Die würzige Wurzel macht den Speiseplan auch in den Wintermonaten zum Erlebnis. Und gesund ist sie obendrein. Schon im Mittelalter wurde sie zum Beispiel zur Heilung von Blasenleiden und Schlafstörungen

eingesetzt. Gesundheitsbewusste schätzen sie wegen ihres hohen Gehalts an Vitamin B.

Warum ist die Pastinake dann, wie im übrigen viele andere der 10.000 im Sortenkatalog der EU verzeichneten Gemüsesorten, in Vergessenheit geraten? Schuld daran ist der Markt. Die meisten Händler konzentrieren sich auf einige wenige Gemüsesorten, die sie in großen Mengen, in gleichbleibender Qualität und zudem billig aufkaufen können. Landwirte wiederum bevorzugen neue Züchtungen, die mit wenig Aufwand viel Ertrag abwerfen. Fragen Sie beim Gemüsehändler oder direkt beim Bauern nach alten Landsorten und fördern Sie damit die Artenvielfalt. Erst die Vielfalt von Kulturpflanzen und Wildorganismen hält das Ökosystem stabil.

Rezept für den **Januar**

Linsensalat mit Karotten und Lauch

250 g grüne Puy-Linsen mit **1 Zwiebel** und **1 Lorbeerblatt** in **1/2 l Gemüsebrühe** bissfest kochen. Gegen Ende der Garzeit **3 kleingewürfelte Karotten** zugeben und mit einer Marinade aus **Olivöl**, **Balsamico Essig**, **Senf**, gepresstem **Knoblauch** und **Pfeffer** vermischen. Noch

warm in eine Schüssel geben und **1 Stange Lauch** in feinen Ringen untermischen. Lauwarm oder kalt servieren.

Nahrhaft wie ein kleines Steak...

In biblischen Zeiten gab Esau sein Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht hin. Heutzutage haben Linsen den Ruf eines Armeute-Essens. Dabei sind sie - wie andere Hülsenfrüchte auch - als gesunde Eiweißquelle kaum zu übertreffen. Gesundheitsfördernd wirken die Ballaststoffe, ein hoher Anteil von blutfettsenkendem Lecithin, zahlreiche Vitamine und Calcium. Auch ohne moderne Nährwertanalysen wussten die Menschen instinktiv schon lange, was sie brauchen. In Kombination mit anderen eiweißhaltigen Speisen enthalten Hülsenfrüchte sogar mehr Protein als Fleisch und zählen daher zu den Grundnahrungsmitteln. Im Fernen Osten ernähren sich Millionen von Menschen überwiegend von der Kombination Reis und Sojaprodukte, in Lateinamerika von Mais und Bohnen und im Süden Deutschlands von Linsen und Spätzle. Da für die Erzeugung einer Kalorie tierischer Nahrung bis zu zehn Kalorien pflanzlicher Nahrung benötigt werden, könnten mit einer fleischarmen Ernährungsweise alle Menschen der Welt satt werden.

Veranstaltungen/Termine

Dialogforum zum Bericht der World Commission on Dams

16. - 17. Januar 2001
Berlin

Um die kontroverse Diskussion über Staudämme in Entwicklungsländern in eine konstruktive Richtung zu lenken, wurde im Mai 1998 die World Commission on Dams (WCD) ins Leben gerufen. Ihr Ziel war es, den Beitrag von Staudämmen zur nachhaltigen Entwicklung zu bewerten und Prinzipien und Verfahren für die Entscheidung über den Bau von Staudämmen zu entwickeln. Am 16. November 2000 wurde in London der Abschlussbericht der WCD in Anwesenheit von Nelson Mandela und James D. Wolfensohn (Präsident der Weltbank) präsentiert. Die im Bericht der WCD vorgeschlagenen Prinzipien und Verfahren sollen nun mit allen Beteiligten - Politik, Privatwirtschaft, Nichtregierungsorganisationen, Ressorts - erörtert und für zukünftige Entscheidungen nutzbar gemacht werden. Das Dialogforum wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) veranstaltet.

Informationen:

GTZ
Dr. J. Baur
PF 5180
65726 Eschborn
Tel.: 06196-791264
E-Mail: joerg.baur@gtz.de

Globalisierung der Nachhaltigkeit oder nachhaltige Globalisierung

Fachgespräch
24. - 25. Januar 2001
Berlin

Kurz nach der Weltklimaschutzkonferenz in Den Haag und nicht weit vor dem 10. Jahrestag der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 2002 findet das sechste Wittenberger Fachgespräch zur Nachhaltigkeit in Berlin statt. Es verfolgt das Ziel,

die verschiedenen Interessenten aus Kirchen, Organisationen und Initiativen über neuere Diskussionschwerpunkte in Parlament, Regierung und Forschung zu Konzepten nachhaltiger Entwicklung zu informieren und ein gemeinsames Gespräch dazu anzubieten.

Zwei politische Entscheidungen der jüngeren Zeit deuten eine Verbesserung der Voraussetzungen für eine gründliche programmatische Abklärung des politischen Alltagshandelns im Sinne der Nachhaltigkeit an. Es ist einmal die Einrichtung der Enquetekommission „Globalisierung“ beim Deutschen Bundestag und zum anderen die Einsetzung des „Nationalen Rates zur Nachhaltigkeit“ bei der Bundesregierung, dessen Mitglieder in diesen Tagen berufen werden. Im Rahmen des Fachgesprächs werden Vertreter beider Institutionen die Agenden ihrer Gremien erläutern. Dass aber auch konkrete politische Entscheidungen zur globalen Sicherung der Lebensgrundlagen dringlich sind, machen nicht zuletzt die sich häufenden Naturkatastrophen fast schon täglich deutlich. Das Fachgespräch wird die Unschärfe der Großbegriffe Globalisierung und Nachhaltigkeit konkretisieren, indem es die Debatten zum „Klimawechsel“ aufnimmt und nach den nächsten notwendigen Schritten vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Konferenz von Den Haag fragt. Kosten: DM 80,-/120,-; Anmeldeabschluss: 10.01.2001.

Informationen:

Gemeinsame Kommission für Kirche und Entwicklung GKKE-Berlin
Charlottenstr. 53-55
10117 Berlin
E-Mail: E.Sokolowsky@gkke-berlin.org
Fachstelle Umwelt
Tel.: 030-42809107
Fax: 030-34359731
E-mail: u.hausmann@fian.de
Internet: www.fian.de/europa

Kommunikation für eine nachhaltige Entwicklung in der Region - KOMREG

Tagung
25. - 26. Januar 2001
Münster

KOMREG dient der Identifizierung praktikabler Strategien und Wege, wie Kommunikations- und Entscheidungsprozesse im Sinne des Zielkatalogs der Nachhaltigkeit optimiert und bestehende Kommunikationsbarrieren bzw. Handlungsblockaden auf regionaler Ebene abgebaut werden können.

Durch einen kontinuierlichen Diskussions- und Abstimmungsprozess werden Vertreter aus Forschung und Praxis aktiv in KOMREG mit eingebunden. Dabei stehen die drei Themenbereiche ‚Ziele‘, ‚Akteure‘ und ‚Instrumente‘ einer nachhaltigen Regionalentwicklung im Mittelpunkt. Die Tagung öffnet den laufenden Diskurs für Akteure aus Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Raumplanung, regionalen Institutionen und von NGOs, die nachhaltige Entwicklungsprozesse in den Regionen initiieren und umsetzen. KOMREG befördert vorrangig den Austausch und die Netzwerkbildung der in nachhaltiger Regionalentwicklung tätigen Experten aus Praxis und Forschung. Zusammenführende Ergebnisse und konkrete Arbeitshilfen für die regionale Praxis sollen ab Frühjahr 2001 zur Verfügung stehen.

Informationen:

KOMREG - Tagungsbüro
Digerus - T. Fiebig
Hafenstr. 13
48153 Münster
Tel.: 0251-525369
Fax: 0251-5395724
E-mail: digerus-ms@muenster.de
Internet: www.komreg.de

Neue Instrumente für die Umwelt

Konferenz
04. Februar 2001
Freie Waldorfschule, Berlin-Kreuzberg

Redner sind u.a. Jürgen Trittin, Reinhard Loske, Alexander Porschke und Klaus Müller. Als Gastredner sind u.a. geladen Michael Schreyer, Mitglied der EU-Kommission, Norbert Walter von der Deutschen Bank, Angelika Zahrt (BUND), Jochen Flasbarth (NABU) und Werner Pollmann (Daimler Chrysler). In der Veranstaltung soll es um das Verhältnis von ökologischer Steuerreform, Zertifikatehandel, freiwilligen Selbstverpflichtungen und Dialogprozessen gehen.

Informationen:

Büro Dr. Reinhard Loske MdB
Tel.: 030-227-71647
E-Mail: reinhard.loske.ma02@bundestag.de

Wasser und Wirtschaft - Handlungsoptionen gegenüber dem Liberalisierungsdruck

Offenes Akademieforum
05. - 07. Februar 2001
Loccum

Informationen:

Ev. Akademie Loccum
Dr. Andreas Dally
PF 2158
31545 Rehburg-Loccum
Tel.: 05766-81108
Fax: 05766-81128
E-Mail: Andreas.Dally@evlka.de
Internet: www.loccum.de





Veranstaltungen/Termine

Globalisierung gestalten: Ohne Kommunen?

Bundeskonzferenz zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

08. - 10. Februar 2001

Bonn

Unter dem Motto „Globalisierung gestalten: Ohne Kommunen?“ findet vom 8.-10.2.2001 in Bonn die 8. Bundeskonzferenz von Nichtregierungsorganisationen, Kommunen und ihren Spitzenverbänden statt. Im Vorfeld der „Rio+10“-Konferenz sollen Erfahrungen mit der entwicklungspolitischen Umsetzung der Agenda 21 auf kommunaler Ebene ausgewertet und weitere Zukunftsstrategien entworfen werden. Erstmals nehmen an diesem Treffen VertreterInnen aus Afrika, Asien und Lateinamerika sowie MitarbeiterInnen deutscher und internationaler Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit (u.a. Weltbank, BMZ, Carl Duisberg Gesellschaft, Deutscher Entwicklungsdienst, Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) teil. Im Mittelpunkt des Treffens steht die Auseinandersetzung mit Themen wie Angepasste Technologien, Agenda-Partnerschaften, Mobilität im 21. Jahrhundert, Fairer Handel sowie eine stärkere Vernetzung der AkteureInnen in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Ergänzt wird diese Debatte durch die konkrete Darstellung modellhafter Projekte aus aller Welt.

Informationen:

Lutz Frenzel

Zentrum für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Langer Grabenweg 68

53175 Bonn

Tel.: 0228-8107184

Fax: 0228-8107484

E-mail: zke@gsi-bonn.de

Internet: www.zke.org

Nachhaltige Regionalentwicklung durch Kooperation: Wissenschaft und Praxis im Dialog

Symposium

21. - 23. Februar 2001

Bildungshaus Kloster Schöntal

In einer Welt der globalen Wirtschaftsströme kommt es für ländlich geprägte Regionen mehr und mehr darauf an, sich ihrer Stärken zu besinnen. Werden die Stärken von den Bürgern genutzt und in selbstinitiierten Projekten umgesetzt, dann besteht die große Chance, dass sich strukturschwache Regionen wirtschaftlich, ökologisch und sozial weiterentwickeln. Auch die Wissenschaft setzt sich intensiv mit einer umweltgerechten Landnutzung auseinander. Die erarbeiteten Ergebnisse sind jedoch oftmals wenig Praxistauglich oder sie werden von den Praktikern nur zögerlich umgesetzt. Deshalb entwickeln und erproben Wissenschaftler der Projektgruppe Kulturlandschaft Hohenlohe und des Schwesternprojektes GRANO in Ostdeutschland gemeinsam mit den Landnutzern neue Konzepte zur nachhaltigen Landnutzung und begleiten deren Umsetzung.

Der Titel „Wissenschaft und Praxis im Dialog“ soll zwei Zielsetzungen des Symposiums verdeutlichen: Zum einen sollen die Ergebnisse der neuartigen Zusammenarbeit der beiden Modellvorhaben mit den Bürgern der Projektregionen vorgestellt werden. Zum anderen soll das Symposium keine der üblichen wissenschaftlichen Fachtagungen sein, sondern es soll selbst im Geiste der beiden Modellvorhaben dem Dialog zwischen Wissenschaftlern und Praktikern, Bürgern, Verbandvertretern und Entscheidungsträgern dienen. Darüber hinaus soll das Symposium Gelegenheit bieten, andere Projekte nachhaltiger Regionalentwicklung oder partizipativer Forschung kennenzulernen. Durch den Erfahrungsaustausch zwischen diesen Projekten, den beiden Modellvorhaben und den örtlichen Akteuren sollen Mög-

lichkeiten, Grenzen und Bedingungen einer Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis erarbeitet werden. Anmeldeabschluss ist der 15.12.2000.

Informationen:

Projektgruppe Kulturlandschaft Hohenlohe

Hauptstr. 80

74214 Berlichingen

Tel.: 07943-981000

Fax: 07943-9810020

E-mail: kulaholo@uni-hohenheim.de

Internet: www.uni-hohenheim.de

/~kulaholo

Den Wandel wollen, zur Zukunft fähig werden

Studientagung

23. - 25. März 2001

Ev. Landjugendakademie, Altenkirchen

Zukunftsfähigkeit, Zukunftsbeständigkeit, nachhaltige Entwicklung sind Themen, die seit einigen Jahren in der öffentlichen Debatte um eine gesellschaftspolitische, ökonomische, kulturelle und ökologische Neuorientierung immer mehr in den Vordergrund drängt. Die Kluft zwischen Wissen und Handeln wird dabei immer offenkundiger. Die Umweltbildung und die Umweltpsychologie stehen weiterhin vor den entscheidenden Fragen: Wie lässt sich diese Kluft überwinden; wie lässt sich unser Umweltwissen so integrieren, dass es zu seiner uns ganz persönlich betreffenden Wirkung gelangt und wir unser Verhalten tatsächlich verändern?

Die Fragen, die im Mittelpunkt dieser Tagung stehen, sind folgende: Was hindert uns daran voranzubringen, was geschehen müsste? Was sind die psychologischen Bedingungen dafür, dass getan werden kann, was zu tun ist? Wie wollen wir den dringenden Wandel zur Nachhaltigkeit lernen? Was können die Quellen eines solchen Wollens sein? Ziel der Tagung ist es einen Prozess des tiefergehenden Fragens in Gang zu setzen und zu

koordinieren, um bisher zu wenig beachtete umweltpsychologische Aspekte und Ansätze zu erforschen, eine Psychologie der Nachhaltigkeit zu skizzieren, Strategien zur Mitwirkung am Wandel zur Nachhaltigkeit zu erkunden und gegebenenfalls ein Projekt für eine Forschungsgruppe zu umreißen.

Informationen:

Ev. Landjugendakademie

Altenkirchen

Hans-Heiner Heuser

Dieperzbergweg 13-17

57610 Altenkirchen

Tel.: 02681-95160

Fax: 02681-70206

E-mail: info@lja.de

„Agenda 21“ kreativ vermitteln

Seminar

30. - 31. März 2001

Hamburg

In diesem Seminar sollen „methodische Schmankerln“ vermittelt werden, die es Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ermöglichen, Veranstaltungen und Schulstunden zu der etwas sperrigen Thematik „Agenda 21“ lebendig zu gestalten. Durch Spiele und spezifische Anwärübungen sollen entwicklungspolitische und ökologische Inhalte mehr erfahrbar gemacht als vorgetragen werden. Didaktische Überlegungen zu den Methoden werden ergänzend vermittelt. Das Seminar findet in Kooperation mit der Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein und dem Zukunftsrat Hamburg statt.

Informationen:

Dienste in Übersee

Wulfsdorfer Weg 33

22949 Ammersbek

Tel.: 040-6052559

Fax: 040-6052538

E-mail:

113007.1656@compuserve.com



Publikationen

Gerechte Kleidung - Fashion Öko Fair - von Monika Balzer

Seit Nachrichten von giftigem Tributylzinn in T-Shirts und Socken den Verbraucher beunruhigen, ist das Vertrauen in unschädliche Kleidung angeschlagen. Sichtbar ist nach wie vor erst die Spitze des Eisbergs - das Aufräumen unter den mehr oder weniger bedenklichen Textilhilfsmitteln hat gerade erst begonnen. Das Buch reißt den Schleier weg und richtet seinen Blick auf das, was darunter liegt. Es nimmt giftige Stoffgruppen aus dem Alltag der Textilchemie unter die Lupe und deckt die Hintergründe der Produktion, wie Kinderarbeit, Hungerlöhne oder überlange Arbeitszeiten auf. Wo steht der Verbraucher mit seinen Wünschen nach öko-fairer Kleidung? Welche Öko-Labels für Textilien versprechen Innovation und Ehrlichkeit? „Gerechte Kleidung“ - für alle, die auf der Suche sind nach der Fashion von morgen: im Einklang mit Gesundheit, Umweltschutz und einem gerechten Welthandel.
Bezug: Buchhandel - ISBN 3-7776-1010-0; 482 S.; Hirzel Verlag; DM 48,-.

Leitplanken für den Welthandel! - Die WTO-Kritik von Gewerkschaften, Verbraucherverbänden und Kulturschaffenden - von Thomas Fritz

Die neue Broschüre von BLUE 21 stellt einige der rund um die gescheiterte WTO-Konferenz von Seattle vorgebrachten handelspolitischen Reformforderungen vor. Der Fokus liegt dabei auf den Positionen von Gewerkschaften, Verbraucherverbänden sowie Medien- und Kulturschaffenden. Deutlich wird, dass es zahlreiche Überschneidungen dieser Positionen mit den Forderungen von umwelt- und entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) gibt, die sich in Einzelfällen auch schon in Kooperationen zwischen Gewerkschaften, NRO und Verbraucherverbänden manifestierten. Das zentrale Anliegen

dieser Publikation ist es denn auch, auf inhaltliche Berührungspunkte dieser Akteure und damit auf die Möglichkeit bereichsübergreifender Bündnisse hinzuweisen. Denn das Beispiel von Seattle ist ein Indiz dafür, dass handelspolitische Reformen eher mit Hilfe solcher Bündniskonstellationen durchsetzbar sein könnten.

Die Broschüre gibt zugleich einen aktuellen Einblick in einige wichtige handelspolitische Problemfelder, wie sie insbesondere seit Gründung der WTO diskutiert werden. Soziale, ökologische, gesundheitliche, verbraucher- und entwicklungspolitische Risiken der Handelsliberalisierung werden geschildert und die Reformvorschläge der drei Akteursgruppen vorgestellt. Ergänzend gibt es Daten und Fakten zur WTO, zu einigen ihrer wichtigen Abkommen sowie die Adressen relevanter Organisationen.

Bezug: BLUE 21 e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel.: 030-6946101, Fax: 030-6926590, E-Mail: b21@berlinet.de, Internet: www.berlinet.de/blue21, DM 5,- zzgl. VK.

Das Dienstleistungsabkommen der WTO - Der Süden auf dem Abstellgleis? - von Thomas Fritz

In diesem Jahr haben neue Verhandlungen über die Liberalisierung des Dienstleistungshandels im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) begonnen. Die Eingriffstiefe des WTO-Dienstleistungsabkommens (GATS) in nationale Ökonomien sowie die beabsichtigte Ausweitung seiner Reichweite machen es dringend erforderlich, in eine intensive Auseinandersetzung über seine sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Folgen einzutreten. Das Hintergrundpapier von BLUE 21 bietet eine Einführung in das GATS, skizziert mögliche entwicklungspolitische Risiken und begründet die Notwendigkeit einer umfassenden Risikoabschätzung, die einer voreiligen Libe-

ralisierung vorausgehen muss.
Bezug: BLUE 21 e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel.: 030-6946101, Fax: 030-6926590, E-Mail: b21@berlinet.de, Internet: www.berlinet.de/blue21, DM 5,- zzgl. VK.

Der Agenda auf der Spur... - 121 Kinder erarbeiten in den Ferienspielen der Gemeinde Seeheim-Jugenheim eine eigene Agenda 21 - Gesamtdokumentation

Die Ferienspiele, die von der Gemeinde Seeheim-Jugenheim traditionell in den Sommerferien angeboten werden, sind in diesem Jahr unter das Motto „Abenteuer in der Stadt“ gestellt worden. Im Verlauf des Frühsummers reifte parallel zu der Planung die Idee, auch Kinder und Jugendliche an der Erstellung einer Lokalen Agenda 21 zu beteiligen. Da lag es nahe, beide Projekte zu verknüpfen. An fünf von zehn Tagen der Ferienspiele wurden Aktionen zur Agenda 21 durchgeführt. Zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Erstellung einer Lokalen Agenda 21 hat PSY:PLAN ein Konzept entwickelt und bereits mehrfach erfolgreich erprobt. Im Mittelpunkt steht die Idee der „Agenten0021“. Alle Kinder, die an der Erstellung der Agenda 21 mithelfen, sind Agenten und Agentinnen.
Bezug: Gemeindeverwaltung Seeheim-Jugenheim, Herrn Jörg Hoffmann oder direkt bei PSY:PLAN, Münchener Straße 24, 60329 Frankfurt, Telefon 069-24003800, moczek@psyplan.de, DM 20,- incl. Porto und Verpackung.

(Öko)Tourismus in der Karibik und in Lateinamerika

Ökotourismus boomt: Dabei steht die Vorsilbe „Öko“ nicht unbedingt für einen Wertewandel und verantwortungsbewussteren Lebensstil, sondern wird gezielt als Werbeträger für Naturschutz, Umweltverträglichkeit, Reisekultur eingesetzt. Doch wieviel ist von dem, was als „grüne sanfte Alternative“ zum Wohle der Natur und der bereisten Einheimischen angepriesen wird, auch ökologisch und sozialver-

träglich? Die Suche nach pragmatischen Konzepten und „guten Beispielen“ lässt oft die nach wie vor wachsenden zerstörerischen Folgen des Tourismus aus dem Blick geraten. Über die neuen Seiten im Katalog hinaus kann daher nur eine Ökologisierung bestehender Tourismusformen die derzeit fatalen Folgen für die Menschen in den Zielländern und ihre Umwelt mildern. Der Info-Reader gibt mit einer Zusammenstellung diverser Artikel aus verschiedenen Publikationen und Stellungnahmen verschiedener Akteure einen Überblick über folgende aktuelle Fragen, die anhand anschaulicher Beispiele verdeutlicht werden: Welche Probleme und Gefahren bringt Ökotourismus mit sich? Welche Möglichkeiten und Chancen bietet er derzeit? Welche Rolle spielen internationale Entwicklungsorganisationen, die den Ökotourismus im Rahmen der Ressourcen und Naturschutzprogramme neuerlich fördern? In wie weit ist die einheimische Bevölkerung aktiv an der Planung, Durchführung und Kontrolle und dem Gewinn beteiligt? Darüber hinaus gibt es viele Tipps zum Weiterlesen sowie wichtige Post- und Internetaadressen.

Bezug: FernWeh - Forum Tourismus & Kritik im Informationszentrum 3. Welt, PF 5328, 79020 Freiburg, Tel.: 0761-7075125, Fax: 0761-7075123, E-Mail: fernweh-iz3w@t-online.de, DM 12,- zzgl. Porto.

Wie kommt der Hunger in die Welt?

Der bekannte Schweizer Soziologe Professor J. Ziegler beantwortet in einem fiktiven Dialog die Fragen seines Sohnes, der die dem Hunger zugrunde liegenden Ursachen hinterfragt. Entgegen der weit verbreiteten Wahrnehmung von Hunger als individuellem bzw. kollektivem Schicksal stellt Ziegler diesen in den Kontext von verfehlem politischen Handeln und Korruption, asymmetrischen Macht- und Welthandelsstrukturen sowie Kriegen. Ziegler thematisiert Hunger als Verteilungsproblem, da die Erde theoretisch das



landwirtschaftliche Potential habe, mindestens doppelt so viele Menschen wie die aktuelle Weltbevölkerung zu ernähren. Ziegler greift die technokratische Unterscheidung der FAO zwischen konjunkturellem Hunger und strukturellem Hunger auf. Weiterhin kritisiert er die oft späte Reaktion karitativer Hilfsorganisationen und des UN-Welt ernährungsprogramms (WFP) wegen Logistikproblemen und mangelhafter kulturspezifischer Anpassung der Hilfsleistungen an lokale Ernährungsgewohnheiten. Auch bestünde die Gefahr, dass diese Nahrungshilfe undemokratische Regimes stütze, die die Hilfsgüter veruntreuen (Bsp. Ruanda, Nordkorea).

Besonders denunziert werden die künstlich überhöhten Weltmarktpreise aufgrund von Spekulation an den Lebensmittel-Handelsbörsen. Massentierzucht und Überernährung sowie die massiven Agrarsubventionen und Stilllegungsprämien in Industrieländern (bes. der EU) bildeten einen scharfen Kontrast zum Hunger der 3. Welt. Interessant ist auch die Aufdeckung historischer Einflussnahme transnationaler Unternehmen.

Schließlich wird noch auf die Problematik der Desertifikation und des Klimawandels infolge von wachsender Urwald-Abholzung, Zersiedelung und Infrastrukturprojekten eingegangen. *Bezug: Erschienen im Bertelsmann Verlag; Ulrike Bickel, BMZ, Referat 412, PF 120322, 53045 Bonn, Tel.: 0228-535-3755, Fax: 0228-535-4756, E-Mail: bickel@bmz.bund.de.*

Indonesien - der dornige Weg in die Demokratie

Indonesien scheint nicht zur Ruhe zu kommen. Immer neue Brandherde lodern auf - von Aceh bis West-Papua, von den Molukken bis an die Grenze von Ost-Timor. Das Land befindet sich in einer dauernden Zerreißprobe zwischen den alten Machteliten der Suharto-Diktatur und den Reformkräften. Diese Publikation bietet eine aktuelle Übersicht und Hintergründe zu den gegenwärtigen Brennpunkten und zu den vielfältigen Bemühungen seitens

der zivilen Kräfte, dem Gewaltpotential des Inselreiches entgegenzusteuern. Die deutsche Außenpolitik ist gefordert, im Rahmen der Neuordnung der Beziehungen zu Indonesien sich aktiv in den Friedens- und Demokratisierungsprozess einzubringen und auf friedliche Konfliktlösungen hinzuwirken. Nicht realpolitische Zurückhaltung, sondern gezielte Einmischung ist das Gebot der Stunde.

Bezug: Watch Indonesia!, Planufer 92 d, 10967 Berlin, Tel. u. Fax: 030-69817938, E-Mail: watchindonesia@snaflu.de, www.home.snaflu.de/watchin, DM 8.

Deutsche Großbanken entwicklungs politisch in der Kreide? - Entwicklungsverträglichkeit deutscher Bankengeschäfte am Beispiel Brasiliens und Indonesiens

Deutsche Banken sind die größten privaten Kreditgeber der „Dritten Welt“. Das SÜDWIND Institut in Siegburg hat untersucht, wie es mit ihrer eigenen entwicklungspolitischen Kreditwürdigkeit steht. Das Ergebnis: Das Bekenntnis deutscher Großbanken zum Leitbild Nachhaltiger Entwicklung spielt in der Praxis des Bankengeschäfts oft keine Rolle. Die Studie untersucht die Rolle deutscher Kreditinstitute in den entwicklungspolitisch relevanten Bereichen Kreditvergabe an Projekte in der „Dritten Welt“, kurzfristige Geldanlage in den sogenannten „aufstrebenden Märkten“ und die Rolle deutscher Banken als Gläubiger der Entwicklungsländer.

Die Studie ist in erster Linie ein Plädoyer für die Umsetzung selbstgesteckter ethischer Ziele im Bankengeschäft. Aus Verantwortung für die sozialen und ökologischen Folgen wirtschaftlicher Entscheidungen ist es höchste Zeit, dass das Bekenntnis von BankenvertreterInnen zu nachhaltiger Entwicklung nicht nur Garnitur für Festakte bleibt. Neben Darstellungen der Geschäfte der drei Großbanken in Brasilien und Indonesien führt die Studie in die entwicklungspolitische Bedeutung und Verantwortung des Bankensektors ein.

Im Anhang werden in einem ausführlichen Glossar Begriffe aus dem „Bankenchinesisch“ erläutert und Kontaktadressen von Organisationen, die sich mit der entwicklungspolitischen Rolle des Finanzsektors auseinandersetzen, angegeben.

Bezug: SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene, Tel.: 02241-53617, Fax: 02241-51308, E-Mail: suedwind.institut@t-online, DM 15 plus VK.

Freisetzung transgener Gehölze und Grundlagen für Confinement

Ziel des Vorhabens war es, biologische Basisdaten über ausgewählte Gehölzarten zusammenzustellen, die für genetische Veränderungen oder für Freisetzungen in Mitteleuropa in Betracht kommen und Vorschläge für mögliche Confinementmaßnahmen abzuleiten. Einleitend wurden die Züchtungsziele, die mit Hilfe genetischer Methoden bei Forst-, Obst- und Ziergehölzen erreicht werden sollen, erläutert und durch Übersichten über die weltweit laufenden Freisetzungsversuche vertieft.

Das „exotic species model“, dem die Analyse der z.T. schon Jahrhunderte anhaltenden Ausbreitung gebietsfremder Organismen zugrunde liegt, wurde im Zusammenhang mit der Freisetzung transgener Gehölze diskutiert und zur Prognose des Ausbreitungsverhaltens sowie des Introgressions- bzw. Hybridisierungsrisikos herangezogen. Die Zusammenstellung der biologischen Basisdaten für o.g. Arten enthält sowohl Parameter, die für die Ausbreitung des transgenen Klons oder der Sorte bzw. die Auskreuzung der Gene bedeutsam sind als auch jene, die für die Festlegung der Confinementmaßnahmen als entscheidend angesehen werden. Ausgehend von der international üblichen Praxis und den mittlerweile vorliegenden vielfältigen Erfahrungen wurden Confinementmaßnahmen vorgeschlagen und diskutiert.

Publikationen

Bezug: Umweltbundesamt, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin, Tel.: 030-89030, Fax: 030-89032285, Internet: www.umweltbundesamt.de.

Die Globalisierungswächter - NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima

NGOs gelten seit den Weltkonferenzen der 1990er Jahre als Hoffnungsträger für gesellschaftlichen und politischen Wandel sowie als die Wächter der Globalisierung. Gewichtiges Argument. Die globalen Netzwerke der „neuen“ Akteure. Der Tragfähigkeit dieser Annahme gehen Heike Walk und Achim Brunnengräber im vorliegenden Band nach. Unter Rückgriff auf die Bewegungsforschung, Zivilgesellschaftskonzepte und die Netzwerkanalyse entwickeln die AutorInnen anhand des Konfliktfeldes Klima ihre Erkenntnisse, die sie unter dem umfassenderen Begriff einer „global governance“ diskutieren.

Bezug: E-Mail: walk@ztg.tu-berlin.de oder priklima@zedat.fu-berlin.de oder über den Buchhandel, ISBN 3-89691-485-5, DM 48.

Vor Ort aktiv - global vernetzt - Agenda-Partnerschaften in NRW

Elf Klimabündnis-, Projekt- oder Städtepartnerschaften bieten Anregungen zum Eine-Welt-verträglichen Handeln vor Ort. Auf Grundlage einer gemeinsamen Recherche von CAF/Agenda-Transfer und dem NRW-Landesnetzwerk von Eine-Welt-Initiativen liegt nun ein erster Überblick kommunaler Partnerschaften vor. Kommunen und Initiativen sehen vielerorts in der lokalen Agenda 21 eine gute Chance, die Basis ihrer Partnerschaftsarbeit zu erweitern.

Bezug: CAF/Agenda-Transfer, Budapeststr. 11, 53111 Bonn, Tel.: 0228-604610, Fax: 0228-6046117, E-Mail: Caf@agenda-transfer.de, DM 5.

Publikationen

Pachamama - Globales Lernen im Dialog mit Kunst und Natur

„Pachamama“ ist das Buch zu einer Kunstaktion, die es Jugendlichen aus Deutschland und Ungarn ermöglichte, sich intensiv und ganzheitlich mit der indianischen und der eigenen Sichtweise von Natur auseinanderzusetzen. Das Buch enthält eine anregende Mischung aus Fachbeiträgen zum Globalen Lernen, zur Umweltbildung und zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung sowie die Projektdokumentation mit zahlreichen Farbfotos. Für die eigene Projektarbeit finden sich in dem Buch umfangreiche Literatur- und Medienhinweise sowie Übungen und Spiele zum Thema „Natur“.

Bezug: Arbeitsstelle Weltbilder, Südstr. 71b, 48153 Münster, Tel.: 0251-72009, E-Mail: art.welt@muenster.de, DM 24,80.

Fenster in die Zukunft - Lokale Agenda 21; Leitbilder für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Osnabrück

Knapp ein Jahr lang erarbeitet die Agenda-Forum Leitbilder und Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Osnabrück. Hieran anknüpfend, werden in der vorliegenden Broschüre Visionen entwickelt und Anregungen für beispielhafte Maßnahmen und Projekte auf dem Weg in eine dauerhaft lebenswerte Zukunft gegeben.

Wann ist das Leben in einer Stadt „menschwürdig“? Welche Ansprüche sind an eine zukunftsfähige Wirtschaft zu richten und warum könnte das Thema „Verkehrsstau“ in Osnabrück schon bald der Vergangenheit angehören? Aufgezeigt wird u.a., dass „Demokratie leben“ mehr bedeutet als zur Wahl zu gehen, Gesundheit mehr heißt als die Abwesenheit von Krankheit und die Versöhnung von Mensch und Natur eine dauerhafte Herausforderung für alle bleibt.

In den vielfältigen Beiträgen werden eigene Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, aber auch Forderungen benannt, die sich an Politik, Wirtschaft und Verwaltung richten.

Bezug: Stadt Osnabrück, Büro für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, PF 4460, 49034 Osnabrück, Tel.: 0541-3232287, Fax: 0541-3232742, E-Mail: grewe@osnabrueck.de.

Von Gen-Piraten und Patenten

Wer Pflanzen oder Wirkstoffe daraus zum Patent anmeldet, hofft auf das große Geld. Vor allem die Pharmaindustrie und internationale Saatgutkonzerne profitieren von diesem Raubgut. Sie streichen riesige Gewinne aus der Ausbeutung der pflanzengenetischen Ressourcen und ihrer Vermarktung ein. So bedroht die Biopiraterie nicht nur die Artenvielfalt, sie untergräbt auch die Ernährungssicherheit, treibt Bauern in den Ruin und plündert das Wissen der „Hüter des grünen Goldes“, der indigenen Völker, aus, die seit Jahrhunderten das „grüne Gold“ der genetischen Vielfalt pflegen. Es wird in diesem Buch verdeutlicht, warum sich Entwicklungsländer im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) gegen die Patentierung von Pflanzen und Tieren zur Wehr setzen.

Bezug: Brandes & Aspel Verlag, Scheidswaldstr. 33, 60385 Frankfurt, Tel.: 069-95730186, Fax: 069-95730187, E-Mail: brandes-apsel@t-online.de, Internet: www.brandes-apsel-verlag.de, DM 14.

Leipziger Agenda 21 - Visionen und Programm für eine dauerhaft lebenswerte und lebendige Stadt

Dokumentiert werden die Ergebnisse eines dreijährigen Prozesses in Leipzig. In vielen thematischen Arbeitsgruppen und Institutionen wurden Leitbilder und konkrete Ziele nachhaltiger Entwicklung erarbeitet. Diese sind im ersten Teil der Publikation zu-

sammengefasst. Der zweite Teil enthält Maßnahmen und Projekte zur Umsetzung der Ziele. Dabei sind vorrangig Ideen aufgenommen worden, deren Realisierung in den nächsten Jahren angeregt wird. Aber es sind darunter auch Projekte, die bereits laufen, aber in ihrer Wirksamkeit entscheidend verbessert werden können, z.B. bei der Einsparung nicht erneuerbarer Ressourcen, dem entwicklungspolitischen Engagement oder der Chancengleichheit sozialer Gruppen. Themen sind z.B. die Entwicklung der Stadtteile, nachhaltiges Wirtschaften, Umwelt, Bildung und Gesundheit. Aber auch die Bedürfnisse von sozialen Gruppen wie Kinder und Jugendliche, Frauen, ältere Menschen, Behinderte, Migrantinnen und Migranten sind in die Leipziger Agenda eingeflossen.

Wie geht es weiter? Im Frühjahr nächsten Jahres soll der Stadtrat über das Handlungskonzept beschließen. Viele Institutionen werden bis dahin verbindlich in Form von Selbstverpflichtungen formulieren, welche konkreten Beiträge sie jeweils umsetzen werden.

Bezug: Agenda 21, Otto-Schill-Str. 1, 04109 Leipzig, Tel.: 0341-9601530, Fax: 0341-9601533, E-Mail: post@leagenda.de, Internet: www.leagenda.de, DM 10.

Die Patentierung lebender Materie - Das WTO-TRIPS-Abkommen und die Optionen zur Umsetzung des Art. 27.3(b)

Die vorliegende Studie konzentriert sich jedoch weitgehend auf die Auswirkungen der zunehmenden Praxis, landwirtschaftliche Nutzpflanzen dem Patentrecht zu unterwerfen. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Welthandelsorganisation WTO und ihr Abkommen über handelsbezogene Aspekte geistiger Eigentumsrechte (TRIPS), das die Mitgliedsstaaten zu einem relativ weitgehenden Patentschutz zwingt. Betroffen hiervon werden in den nächsten Jahren insbesondere

die Bauern in den Entwicklungsländern sein.

Die 64-seitige Broschüre fasst zunächst essentielle Bestimmungen des TRIPS-Abkommens zusammen, indem auf die einzelnen Teile des Abkommens genauer eingegangen wird. Das zweite große Kapitel benennt die Problemfelder, die im Spannungsfeld ökonomischer Interessen auftreten. Hier wird vor allem auch auf die konträren Interessenlagen und Bedürfnisse eingegangen, die zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bestehen. Im weiteren Verlauf werden die Handlungsmöglichkeiten der Entwicklungsländer skizziert, insbesondere mit Blick auf den Art. 27.3 (b), der die Ausnahmemöglichkeiten zur Anwendung des Patentschutzes auf lebende Materie regelt. Das abschließende Kapitel setzt sich mit den Voraussetzungen für die Verbesserung der politischen Handlungsspielräume auseinander.

Bezug: Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Tel.: 0228-359704, Fax: 0228-359096, E-Mail: forumue@compuserve.com, Internet: www.forumue.de, DM 5 zzgl. VK.

Food for all - Farmers First in Research

Diese Publikation versteht sich als Dokumentation des internationalen Workshops von NROs und Kleinbauernorganisationen über die Agrarforschung im Dienste der Armutsbekämpfung vom 19.-20. Mai 2000 in Dresden. Sie ist kostenlos und nur in englisch zu beziehen.

Bezug: Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Tel.: 0228-359704, Fax: 0228-359096, E-Mail: forumue@compuserve.com, Internet: www.forumue.de.